

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 18. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei im Inland. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 11/11.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das selbgedruckte Wort 20 Pf. (zufällig selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Steilengedruckte und Schloßer-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Kirchenaustritt und Kirchenzwang.

Das „Komitee Konfessionslos“ (nicht wie in einigen bürgerlichen Blättern behauptet wird, die sozialdemokratische Partei Berlins, denn als politische Partei fordert die Sozialdemokratie zwar die Erklärung der Religion zur Privatsache, das heißt die völlige Entfaltung der Kirche, nicht aber den Austritt ihrer Mitglieder aus dieser) hatte zum Bußtag für Groß-Berlin zwölf Volksversammlungen zur Propagierung des Austrittes aus der Staatskirche einberufen, die jedoch sämtlich, wie bereits in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ gemeldet wurde, von der Polizei auf Grund des § 8 der vom 15. Mai dieses Jahres stammenden Polizeiverordnung verboten worden sind, nach der am Karfreitag, am Bußtag und am Totensonntag nur solche öffentliche Versammlungen abgehalten werden dürfen, die gottesdienstlichen Zwecken dienen. Ein Gewaltstreik, der ebenso nutzlos wie naiv ist; denn die Versammlungen werden deshalb doch stattfinden, wenn auch an einem anderen Tage. Der Erfolg wird lediglich sein, daß sie infolge der polizeilichen Reklame viel härter bestraft werden, als wenn sie ungehindert am Bußtage stattgefunden hätten.

Wie verlautet, ist das Verbot nicht auf Veranlassung des Evangelischen Oberkirchenrates erfolgt, sondern auf Wunsch sogenannter „allerhöchster Kreise“, vornehmlich der Kaiserin, die über die massenhaften Kirchenaustritte in ihrer Frömmigkeit sehr betrübt sein soll. Zugleich soll von der Regierung geplant sein, durch die Gesetzgebung dem Kirchenstreik entgegenzuwirken, in erster Linie durch eine wesentliche Erhöhung der Gerichtsgebühren für Kirchenaustritte. Während heute diese Gebühr in Preußen mit Einschluß der Bescheinigung über den erfolgten Austritt nur 3 M. 50 Pf. bzw. 4 Mark beträgt, soll sie bis auf 100 Mark erhöht werden.

Bestätigt sich diese Nachricht, so haben wir das schönste, handfesteste Mittelalter wieder mitten unter uns. Der Biederermann Tegel verkaufte im sechzehnten Jahrhundert mit päpstlicher Billigung gegen Bargeld Anweisungen auf des Himmels Gnade und ewiges Leben, und im zwanzigsten Jahrhundert will man verhindern, die mittellosen Massen durch einen schmerzhaften Druck auf die Geldbörse in den verödeten Hallen der Staatskirche festzuhalten.

Die sogenannte Landeskirche ist ja schon längst nichts mehr als eine reine Geldangelegenheit. Sie vermag nur noch durch die Ausübung staatlichen Zwanges und des Zwanges einer heuchlerischen öffentlichen Moral zu existieren. Wirklich überzeugte Anhänger hat die Kirche nur noch unter den Aermsten der geistig Armen, denen ihre soziale Lage die Mittel selbständigen Erkennens versperrt. Die wenigen, die in der „Aristokratie“ und im Bürgertum noch wirklich durch innerliche Ueberzeugung mit der Staatskirche verbunden sind, zählen kaum. Die Ueberzahl der überhaupt noch religiös Empfindenden und Religionsbedürftigen drängen aus der Starrheit und Verhöhnung des religiösen Formalismus hinaus und suchen neue Wege. Alle diese aber werden überragt von der Masse derer, die mit der Kirche innerlich auch nicht das geringste mehr zu tun haben, die sie auch nicht umändern, modernisieren, mit „neuem Geist“ erfüllen wollen: die Masse derer, denen die christliche Kirche so gleichgültig ist, wie etwa die Lehren des Konfuzius oder die Tempelriten der alten Ägypter. Eine abgetane Kultur, die man in Gottesnamen studieren mag, um zu prüfen, ob der eine oder der andere ihrer Gedanken noch weiterleben kann. In dieser „Kirchenlosen“ Masse findet sich ein großer Teil des Bürgertums, das aufgeklärte Proletariat, der größte Prozentsatz des gesamten Gelehrten- und Künstlerstums und die Skeptiker der reichen und „aristokratischen“ Schichten zusammen.

Aber die Staatskirche lebt trotzdem recht auskömmlich weiter. Weshalb? Weil sie in aller Gemütsruhe das Geld nimmt von den Zahllosen, die nichts von ihr wissen wollen und erst recht nichts von ihr verlangen! Jeder anständige Mensch würde sich schämen, sich von Leuten, für die er nichts leistet, bezahlen zu lassen. Die Kirche, die sich bekanntlich als die Hüterin der edelsten geistigen Triebe und Moral ausgibt, sagt: „Non olet“ (Geld stinkt nicht) und streicht ruhig das Geld von Arbeitern und Bankeisten, von religiös Gleichgültigen und religiös Urteilsunfähigen ein.

Sowohl die evangelische wie die katholische Kirche erhalten vom Staate Zuschüsse, die aus den Einkünften der allgemeinen Steuern genommen werden, zu denen also alle Steuerzahler, ohne Rücksicht auf ihre religiöse Stellung, beitragen müssen. Gegen diese Schätzung durch die Kirche kann man sich, solange die Kirche nicht, gemäß unserer Programmforderung, vom Staat getrennt und als private Einrichtung sich selbst überlassen wird, nicht einmal durch den offiziellen Austritt aus der kirchlichen Gemeinschaft schützen.

Außerdem aber erhebt die Kirche selbst ihre Steuer. Sie wird ihr vom Staate sanktioniert und meist obendrein noch vom Staate eingezogen. Und hier fängt der moralische Widerspruch an, konstant greifbar zu werden. Es ist nicht wahr, daß wir religiös frei sind und lediglich nach unserer Ueberzeugung leben dürfen. Man benutzt die

Audimente der sogenannten „öffentlichen Sittlichkeit“, eines äußerlichen moralischen Brauches, um die persönliche Selbstbestimmung und Ehrlichkeit zu verweigern. Ganze Berufe müssen in der Kirche bleiben, ob sie sie für notwendig halten oder nicht. Jeder, der Beamter ist oder dessen Kinder Beamte werden wollen, jeder, der selbst studieren oder seine Kinder studieren lassen will, muß getauft sein und seine Kinder taufen lassen. Er muß in der Kirche ausharren, wenn er nicht die schwersten beruflichen Schädigungen heraufbeschwören will. Es gehört — man kann nicht gut einen anderen Ausdruck finden — zum „guten Ton“, der Kirche anzugehören. Und wer diesen „guten Ton“ nicht mitmachen will, weil er zu ehrlich dazu ist, wird halbamtlich und „unterirdisch“ mit Nadelstichen, oft auch mit gröberem Handwerkszeug materiell drangsalieren und gehemmt. Der Minister, der selbst nichts mehr „glaubt“, muß seine Beamten in der Kirche festhalten, der freigeistige Schuldirektor seine Lehrer. Und selbst in den „freien“ Berufen suchen die Mächtigen die Abhängigen durch wirtschaftliche Pression in der Kirche festzuhalten.

Mit geistigen Waffen für ihre Sache zu kämpfen und zu werden, hat die Kirche längst aufgegeben. Sie ist beim Anrüchlichsten angekommen. Diejenigen, die noch an etwas an den „herkömmlichen guten Brauch“ glauben können: die Ärzte etwa, die handarbeitenden Massen, die Rechtsanwälte, die Schriftsteller und Künstler, die kleinen Kaufleute — sie sollen jetzt ebenfalls durch den Verlust an barem Geld von der Betätigung ihrer Aufrichtigkeit abgeschreckt werden! Man rechnet offenbar mit der Scheu der gering Bemittelten, auf einmal lauer verdientes bares Geld auszugeben, ohne im Augenblick etwas davon zu haben.

Christus sagte nach der Bibel: „Ihr, die ihr arm seid, kommt zu mir!“ Seine „Jünger“ von heute dekretieren: „Ihr wollt zwar nicht bei uns bleiben, aber ihr müßt, denn nur wer bezahlen kann, darf ehrlich sein!“ Man weiß nicht, ob man lachen soll oder weinen über solche hohe kirchliche Moral.

## Die Freilassung Larkins.

Aus London wird uns geschrieben: Niemand jubelt lauter über die Freisetzung des irischen Streikführers als die Presse des englischen Liberalismus, dessen Vertrauensmänner den irischen Arbeiterführer eingesperrt hatten. Wer in den letzten Tagen die liberale Presse gelesen hat, konnte nicht umhin, in ein lautes Lachen auszuweichen. Die furchtbare Angst, die die Regierungsmänner während der Protestbewegung der englischen Arbeiterschaft ausgestanden haben, ist durch einen Freudenausbruch abgelöst worden, der sie die amüsantesten Burlesken schlagen und das ungereimteste Zeug reden läßt. In einigen der volkstümlichsten liberalen Zeitungen wird der Jim Larkin geradezu verhimmelt und als ein zweiter Heiland gebührend. Wie heilsam das energische Auftreten der Arbeiterschaft bei den letzten Wahlen gewirkt hat, erblickt recht gut aus dem Gebaren des Staatssekretärs für Irland, der gestern zu einer Versammlung seiner Wähler in Bristol sprach. Wohl noch nie hat ein Abgeordneter vor seinen Wählern eine drolligere Rolle gespielt. Kaum hatte sich der Minister erhoben, als ihm der Ruf entgegenkallte: „Erzählen Sie uns von den 100 000 hungernden Menschen in Dublin.“ Und der Minister mußte sich dazu bequemen, dieses Thema zu behandeln. So oft er nun in seiner Rede den Namen Larkin erwähnte, schrien seine Wähler Hurra! Der Minister zog sich schließlich aus der Klemme, indem er im wesentlichen der Versammlung recht gab.

Doch die Regierung hat sich nur auf Kosten ihrer irischen Verbündeten von dem Apdruck befreien können. Durch die Freilassung Larkins hat sie einen recht ruppigen Gedächtnis in die stillen Gewässer des nationalitisch-kerikalischen Karpatenreiches gesetzt. Die Nationalisten werden bei den kommenden Gemeinderatswahlen ihr blaues Wunder erleben. Kein Mann genießt zurzeit unter dem irischen Volke ein so hohes Ansehen wie der Genosse Larkin, der Ueberwinder des Dubliner Schlosses, vor dem die ganze große liberale Partei Englands gezittert hat. Die Haltung der irischen Parlamentsmitglieder in diesem Kampfe ist die jämmerlichste und feigste, die man sich denken kann. Keiner wagte den Mund aufzutun. Dies wird sich an ihnen bei den nächsten Parlamentswahlen bitter rächen. Es ist fraglich, ob es dann den irischen Nationalisten gelingen wird, die Mehrheit der sechs Dubliner Mandate gegenüber der irischen Arbeiterpartei zu behaupten.

Ein weiteres Moment verdient in diesem Kampfe um die Freilassung des irischen Arbeiterführers besondere Beachtung. In früheren Jahren, als die englische Arbeiterschaft noch nicht über eine Presse verfügte, hätte der Fall Larkin nur die Aufmerksamkeit der organisierten Sozialisten und einer Handvoll Gewerkschafter auf sich gezogen. Die bürgerliche Presse hätte die Angelegenheit, wie es so häufig vorgekommen ist, einfach totgeschwiegen. Heute kann dieses Randere nicht mehr angewendet werden. Man kann ruhig behaupten, daß ohne die englische Arbeiterpresse, die sich mit aller Macht in die Agitation warf, Larkin noch heute im Gefängnis säße. Derartige Vorgänge sollten jedem Arbeiter die Wichtigkeit der Presse in unserem Kampfe beweisen. Es kann auch nicht bestritten werden, daß es die Publizität, die die englische

Arbeiterpresse in Vorgängen in Dublin gegeben hat, war, die den irischen Arbeitern die großartige Sympathieumgebung verschafft hat, die ihren greifbarsten Ausbruch in den mehr als 1 1/2 Millionen Mark findet, die die englischen Arbeiter schon für ihre irischen Brüder aufgebracht haben. So etwas ist in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung noch nie dagewesen. Und das liegt nicht etwa daran, daß die englischen Arbeiter heute freigebiger sind als früher, sondern es ist lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß früher die englischen Arbeiter von der die Zeitungswelt monopolisierenden bürgerlichen Presse entweder falsch oder gar nicht von den Vorgängen in der proletarischen Welt anderer Länder unterrichtet wurden.

## Fehler ringsum.

Hier und da hat man gesagt, unser tiefes Mißtrauen gegen die Rüstungskommission zu scheitern. Nur Loren oder eisenstirnige Wahrheitsbeuger können sich dessen unterfangen. Welche Kräfte höchsten Einflusses am Werke der Vertuschung und Verwirrung sind, zeigt die Haltung der Presse zum jüngsten Krupp-Prozess. Von der Maas bis an die Remel, von einem großen Teil der volksparteilichen über die nationalliberalen und die Zentrumszeitungen bis zur violetten und ganz blauen Presse sind sie alle, alle ein Herz und eine Seele im eifrigen Bemühen, die Rüstungskorruption zu hehlen.

Wir wollen heut der Sippe noch einmal vor aller Welt das Brandmal ihrer Schande aufdrücken. Wir brauchen dazu kein eigenes Malwort. Der Panamisten Worte selbst sollen die Panamisten kennzeichnen.

Nach der „Germania“, die allerdings von der Vorgeschichte des Krupp-Prozesses so wenig weiß, daß sie meint, die Voruntersuchung gegen die Kruppischen Beamten habe schon monatelang geschwebt, bevor Liebknecht eingriff, berichtet triumphierend: „So hat sich dieser Krupp-Prozess zu einer glänzenden Rechtfertigung der Militär- und Marineverwaltung im Deutschen Reich gestaltet, während die Anklage des sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht völlig versagte.“

Die „National-Zeitung“ beteuert: „Es ist gewiß bei Krupp in Essen mancherlei vorgekommen, was besser unterblieben wäre. Der subalterne Hebereiser des Herrn Brandt war Herr Direktor Eccius bequem, allzu bequem,“ und hat gleich anderen Zeitungen die Kühnheit, zu behaupten, die Anklage Liebknechts, daß die Firma Krupp, um der Konkurrenz vorzukommen, systematisch durch Bestechung zum Verrat militärischer Geheimnisse angezettelt habe, sei widerlegt. Dabei wissen diese Schmutz ganz genau, daß sowohl nach dem kriegsgerichtlichen Urteil wie nach dem Urteil der Strafkammer militärische Geheimnisse, und zwar auch solche über Konstruktionen und Versuche durch Bestechung erlangt sind. Sie wissen, daß das Militärgericht auch wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt hat, und daß die Strafkammer wegen dieses Teiles der Anklage nur freigesprochen hat, weil die Mitteilung der Geheimnisse an die Firma Krupp keine Gefährdung der Sicherheit des Vaterlandes bedeute, eine Voraussetzung, deren Richtigkeit nach der Art der Begründung des Urteils die Sache politisch für die Militär- und Marineverwaltung und die Firma Krupp nicht besser, sondern schlechter machen würde.

In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: „Die peinliche Untersuchung hat nichts ergeben, was einen Makel auf sie (die Firma Krupp) wirft, und der Vorwurf, daß sie die Praktiken eines Unterbeamten nicht scharf genug überwachte, hat sie schwer und härter büßen müssen, als es irgendein anderes Institut hätte tun müssen.“

Für diesmal hat er (Liebknecht) wenigstens erreicht, daß um einer Kappalle willen die Direktoren des größten vaterländischen Wertes wochenlang von ihrer Arbeit ferngehalten sind und aus dem Gerichtssaal aus schwerster Beschuldigung Rut zu neuen Unternehmungen schöpfen können.“

Die Berliner Neuesten Nachrichten überlegen sich förmlich durch folgendes Klownspähchen: „Sein (Liebknechts) Panama zerfiel ihm unter den Händen.“ Was sich letzten Endes ergeben hat, war ein Panama der Motive, aller jener Motive, aus denen die Firma Krupp an den Pranger gestellt wurde. Wer in Wirklichkeit am Pranger steht, darüber kann heute wohl kein Zweifel mehr bestehen.“

Der göttliche Otto v. Gottberg schreibt: „Nachdem bewiesen ist, daß der Handelsrichter der Firma Krupp weiterhin blant und glänzend in die Welt getragen werden darf... und beehrt uns, daß die preussische Artillerie mit ihrem Wutze für die Kruppkanonen Reklameartikel unter den Titeln Düppel, Königgrätz und Gravelotte geschrieben hat.“

Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ sucht nach bewährtem Muster die Krupp-Korruption durch die allgemeine kapitalistische Korruption zu decken und schwächt: „Das Reich hat keinen Schaden erlitten dadurch, daß es Kornwälder gab; im Gegenteil, da die Firma Krupp die Konkurrenzpreise erfuhr, lieferte sie billiger.“ Ganz schuldlos sei darum die Leitung der Essener Firma nicht, schon deshalb, weil — sie sich hätte fagen müssen, daß die Geschichte eines schönen Tages hätte herauskommen können. Kurzum: der Fehler der Firma ist, daß sie sich hat erweisen lassen. Aber „im Krupp-Prozess gab es freilich keine Löcher zu enthüllen.“ Der blante Schild des... deutschen Beamtentums ist nicht mit dem leisesten Stäubchen befeht.“ Herz, was begehrst du mehr!

Die „Post“, das Organ von Stumms seligen Erben, denen die mit Krupp eng verflochtenen Dillinger Werke das Leben verjühen, ergreift sich folgendermaßen: „Daß preussische Subalternbeamte...“

sich als bestmöglich erwiesen haben sollten, das hätten wir nicht ohne schmerzliches Bedauern wahrgenommen. Gerade in diesem wichtigsten und entscheidendsten Punkte hat sich nun gezeigt, daß von einem organisierten Bestechungsbetriebe gar keine Rede sein kann. Und weiter: Mit Genugtuung dürfen wir zweierlei feststellen: daß unser preussisches Beamtenum völlig rein aus den Koalitionen Verhandlungen hervorgeht, und daß die Firma Krupp an der Arbeitsart des Herrn Brandt keinen Anteil hat. Beweis: die Verteilung des Direktors v. Carius, die Nichtverurteilung von vier Krupp-Direktoren wegen Verdachts der Mittäterschaft bei den Bestechungen und die gerichtlich festgestellte Kenntnis des gesamten Direktoriums von Brandts Nachschüssen. Das Panzerplattenorgan schließt mit poetischem Schwung: „Wenn erit der nasse Schmutzkumpen getrocknet sein wird, den eine Hand gegen den Schild der Firma geschleudert hat, dann fällt der müde Staub von selber ab, dann wird wohl auch Herr Liebknecht inn werden, daß man Eisen nicht mit einem Drechswurfs durchschlägt.“

Die „Berliner Morgenzeitung“ schreibt: „Der einzig Blamierter in dem Prozeß ist der Vaterlandskrieger Liebknecht.“ Man wird aus dem Verlauf des Prozesses die Rechte ziehen müssen, daß man allen Anklagen der Sozialdemokratie von jetzt ab mit noch größerem Mißtrauen gegenüber treten muß.“

Die „Kreuzzeitung“ stellt fest, daß der Prozeß nicht notwendig gewesen sei; sie zeigt sich bereit, die Plünderung der Grenzen sowohl des Begriffs Vorteil wie des Begriffs der Verletzung der Dienstpflicht anzuerkennen und damit die bisher, wenigstens äußerlich anerkannten Grundlagen der offiziellen preussischen Verwaltungsmoral zu unterwühlen; sie belehrt den Oberstaatsanwalt, daß die Rechtspflege nach der „richtigen Auffassung“ niemals Selbstzweck sein kann, sondern sich in den Dienst der Gesellschafts- und Staatszwecke zu stellen hat.“

Die „Schlesische Zeitung“ schreibt: „Ein Prozeß um Kleinigkeiten, keine Spur von einem „Panama“ und die „Hamburger Nachrichten“: „Das Haus Krupp geht makellos aus dem Handel hervor.“

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ heißt es schlußend: „Es wurde überhaupt nichts entdeckt, was nicht vor der bürgerlichen Moral mit Ehren bestehen könnte.“ Die Firma Krupp geht aus diesem Prozeß makellos und rein hervor. „Unausforschbar ist es, solche Preise durch Ausfragen der Kunden der Konkurrenzfirmen herauszubringen. Und möge und Schlimmeres kann der Firma Krupp auch der ärgste Schmäher nicht nachsagen. Es gilt nicht etwa die Firma Krupp zu verteidigen... denn es gibt hier gar nichts zu verteidigen.“

Die „Leipziger Neueste Nachrichten“ spotten ihrer selbst: „Herr Liebknecht, der sich als ein Herkules fühlte und den Stuhl des Augustus zu reinigen gedachte, hätte, wenn er sich des rechten Mittels bedient haben würde, kaum das Staubtuch des Stubenmädchens gebraucht.“

Und nun noch der förmliche Artikel des Geheimrats Wittung, der die königlich preussische Justiz in militärischem Befehlsston also anschnarrt: „Der Krupp-Prozeß durfte nicht geführt werden! Er hat ergeben, daß eine strafrechtliche Haftung der Krupp-Direktoren ausgeschlossen ist und höchstens entschuldbare Fahrlässigkeit vorliegt!“

Schlusssatz und Ausdruckszeichen hinter all dem bildet aber das Vertrauensvotum, mit dem das Direktorium des Zentralverbandes der Deutschen Industrieller seinem Vorsitzenden, Herrn Kostner, telegraphisch geshuldet hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet es — im trauten Verein mit der gesamten konservativen und Schatzmacherepressen — ausdrücklich als ein wohlverdientes Vertrauensvotum; in der Tat bedeutet dieses Vertrauensvotum für einen vom Gericht wegen Verdachts der Bestechung unvorbereitet gelassenen Mann nur einen empörenden Ausdruck großkapitalistischer Fronde gegen einen schüchternen Versuch von Selbständigkeit der Staatsverwaltung, nur eine schroffe Parteimeinung für die unklaren Nachschüsse der Rüstungsindustrie, ein Quos ego! geschleudert vom Herrscherthron der Kapitalismacht gegen Staatsbeamte, die sich nicht bedingungslos als Kreaturen des Unternehmertums gefühlt und sich erdreistet hatten, unbotmäßig wider seinen Stachel zu lösen.

Man wird zusehen müssen, daß die Abhängigkeit des Staates und seiner Justiz von den Mächten des Großkapitals und die Pflicht zur Rechtsbeugung in deren Interesse noch nie so ungeniert als kategorischer Imperativ der heutigen Gesellschaftsordnung entfaltete wurde wie in diesen Tagen des Krupp-Standals, wo gemeingefährliche Frey-Tamorrissen, denen darum kein Härlein gekrümmt werden wird, von der Justiz Liebedienste heischen, als sei sie die Rege steupelloser Profiteur.

Und man wird sich auf das Schlimmste an Zurechtweisung und Schwindelmandat gefaßt machen müssen.

Die Rüstungskommission wird, wir wiederholen es, nach dem Charakter ihrer Zusammenfassung, nach ihrem Arbeitsplan, nach der Haltung der Regierung gegen die sozialdemokratische Fraktion und nicht zuletzt nach der Stellungnahme der in der Kommission vertretenen bürgerlichen Parteien zum Krupp-Prozeß und zur Ausschließung Liebknechts aus der Kommission, nicht einmal den ernsthaften Willen haben, rückwärtslos durchzugreifen und bis an die Wurzel zu graben. Die als das höchste und heiligste Geiz der Staatsräson von allen bürgerlichen Parteien im schmetternden Chor verkündete Rücksicht auf die Interessen der „Industrie“ wird ihr Leitmotiv und Strebenziel sein!

## Die Arbeitslosigkeit.

In Stuttgart fand am Sonntag eine Volksversammlung statt, die sich mit der Arbeitslosensfrage beschäftigte. 1200 Besucher forderten von Reich, Staat und Gemeinde wirksame Maßnahmen gegen das Arbeitslosenseind.

### Arbeitslosenunterstützung in Heidelberg.

Der Stadtrat von Heidelberg beschloß, eine Arbeitslosenunterstützung nach dem Mannheimer Muster einzuführen, d. h. allen ein Jahr in Heidelberg ansässigen Arbeitern im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung von 70 Pf. bis zu 1 Pf. pro Tag zukommen zu lassen. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird die städtische Unterstützung durch die Gewerkschaften ausbezahlt, während die Nichtorganisierten die Unterstützung auf dem städtischen Arbeitsamt abholen. Die Nichtorganisierten brauchen Beiträge in eine städtische Versicherungskasse nicht zu zahlen; dagegen sind für sie die statutarischen Bestimmungen zum Bezuge der Unterstützung in Rücksicht auf die schwierigeren Kontrollmöglichkeiten scharfer abgefaßt als jene, die für die organisierten Arbeiter maßgebend sind. Die Annahme dieser städtischen Vorlage im Bürgerausschuß hält man für gesichert.

In Mühlhausen i. Th. wurden auf Antrag der sozialdemokratischen Stadterordnetenfraktion von der Stadt Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit angeordnet. Der Oberbürgermeister berichtete in der letzten Stadterordnetenversammlung, daß eine größere Arbeitslosigkeit vorläufig nicht bestehe. Die meisten Fabriken seien noch gut beschäftigt. Vorforschauber beantragten

die Sozialdemokraten folgende Maßnahmen: Vorbereitung von Notstandsarbeiten während des Winters und Vorbereitung einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genet. System.

## Politische Uebersicht.

### Sie durften nicht zurückbleiben.

Auch die sächsischen Nationalliberalen haben sich für die Einführung eines Streifschereckengesetzes erklärt. Der Vorstand des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hat eine Resolution beschossen, in der es heißt:

„Der Vorstand des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen hält eine Verstärkung des Schutzes der Arbeitswilligen für dringend nötig. Dieses Ziel wird zwar in erster Linie auf dem Wege der Selbsthilfe, besonders durch den Ausbau der Arbeitgeber- und der neutralen Arbeitnehmerverbände anzustreben sein. Aber auch eine wirksame und rasche Anwendung der den öffentlichen Behörden zur Verfügung stehenden Rechtsmittel muß gefordert werden. Namentlich ist zu verlangen, daß die Polizeibehörden den Zusammenhängungen der Streifspotten gegen Sicherheit, Ruhe und Bequemlichkeit des Straßenverkehrs mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Außerdem wird ein Reichsgesetz gegen die Anwendung von Terrorismus nicht nur bei wirtschaftlichen, sondern auch bei politischen Kämpfen gefordert. Die Nationalliberalen wünschen aber kein Ausnahmegesetz, das neue Verbrechen soll nicht mehr „paritätisch“ sein. Namentlich Rötigung und Bedrohung müßten strengen Strafen unterworfen werden.

Nachdem sich die Nationalliberalen in den verschiedensten Teilen des Reiches für ein Justizhausgesetz erklärt haben, könnte die in Wiesbaden eingeleitete Kommission eigentlich ihre Arbeiten einstellen, denn einen anderen Vorschlag kann sie kaum noch machen. Die Erziehung der Nationalliberalen durch die altnationalliberalen Scharmacher hat schnelle Früchte gezeitigt. Die Nationalliberalen haben es völlig verdient, daß ihnen ein Reaktionsär, wie der Freiherr v. Jellisch, in der „Post“ volles Lob spendet.

### Zur Wades-Affäre.

Aus Straßburg wird gemeldet, daß Oberst v. Reutter, der Vorgesetzte des Leutnants v. Forstner in Zabern, der kürzlich in Urlaub ging, nicht mehr als Oberst nach Zabern zurückkehren wird. Dagegen tut der Leutnant v. Forstner, der Arbeiter der Zaberner Unruhen, nach wie vor Dienst. Die „Köln. Zeitung“ hat übrigens aus guter Quelle erfahren, daß an die militärischen Vorgesetzten in Eschlag strenge Anweisung ergangen sei, das Wort Wades nicht mehr anzuwenden.

### Die Reform des Jurensrechts.

Wurde auf der sonntägigen Generalversammlung des Bundes für Jurensrecht und Jurensfürsorge in Berlin in verschiedenen Referaten und schließlich in einer Deputation an den Reichsanwalt gefordert. Es wurde darauf hingewiesen, daß die in der Verfassung verkündete Sicherheit der persönlichen Freiheit durch verschiedene Internierungen — auch von mitleidig gewordenen und sich wehrenden Beamten — erschüttert worden sei. Prof. Lehmann-Hohenberg teilte mit, daß in Weimar demnächst gegen zwei Verträge verhandelt wird, die die Ueberweisung Lehmann-Hohenbergs an eine Jurensanstalt aufs schärfste kritisiert haben.

### Untersuchung gegen den Zentrumsabgeordneten Euler.

Die „Köln. Volkszeitung“ teilt mit, daß der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei das Wahlkreisamt von Saarburg-Perzig-Saarlands beauftragt habe, den Fall Euler zu untersuchen, denn Euler war 1912 Vertreter dieses Wahlkreises im Reichstage. Das Ergebnis der Untersuchung soll dann der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses mitgeteilt werden.

### Zum letztenmal die Steuerdrückeberger.

Nicht mehr Steuerdrückeberger, sondern nur noch „Die Bilanzkünste der A. G. Lindenhaus“ heißt jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Erörterung auf unsere Notiz, worin wir sie wegen ihrer Reue ablassen ließen. Die „D. Tz.“ verlangt von der A. G. Lindenhaus jetzt nur noch, daß sie „wenigstens über die im Gewinn- und Verlustkonto eingenommenen Mieten und verausgabten Zinsen und Verwaltungskosten Mitteilung mache.“ Wir können der Reue der „Tz.“ verraten, daß diese Mitteilungen und noch viele andere bereits erfolgt sind, natürlich nur für jene, die ein Recht haben, danach zu fragen, nämlich Aktionäre und Aufsichtsrat. Im die Reue der „D. Tz.“ und der „Post“ und deren Hintermänner zu stillen, ist die Gründung der A. G. Lindenhaus nicht erfolgt, es wird auch nicht darauf getreut, daß diese Herren Aktien erwerben oder ihren Kredit zur Verfügung stellen — deshalb dürfen sie die Sorge um das finanzielle Wohlergehen der A. G. Lindenhaus, deren Gläubiger und Aktionäre ruhig diesen selbst überlassen. Die begehrte Teilnahme an diesen Sorgen verrät ja große Menschenliebe, aber ihre verdächtige Reue wird kaum Befriedigung finden.

### Der Hansabund und seine Schleppeutträger.

Bekanntlich hat der Industriekongress des Hansabundes vor einiger Zeit eine Entschließung gefaßt, die einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen verlangt. Er plädiert in seiner Resolution u. a. für eine energische Anwendung bestehender polizeilicher Vorschriften, Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens, für Anwendung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Haftung für zugefügten Schaden) auf die Gewerkschaften und für Verschärfung des Bedrohungs- und Rötigungsparagraphen des Strafgesetzbuches. Wie stellen sich dazu die Angestelltenverbände, die dem Hansabund entweder korporativ angeschlossen sind oder sonst in engerer Verbindung mit ihm stehen? Bedeutet doch die Forderung eines erhöhten „Arbeitswilligen-Schutzes“ nichts anderes, als die Beförderung des an sich schon mangelhaften Koalitionsrechts, an dessen Erhaltung die Angestellten ein mindestens ebenso lebhaftes Interesse haben als die Arbeiter. Angesichts dieser Stellungnahme des Industriekongresses des Hansabundes sollte man von Angestelltenverbänden, die behaupten, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, erwarten, daß sie mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen gegen das Verhalten des Hansabundes. Nichts ist jedoch bisher von diesen Verbänden geschehen. Weder der Verein für Handlungs-Kommis in 1888 noch der Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig oder seine Anhängel aus der sozialen Arbeitsgemeinschaft haben es bisher gewagt, irgend eine Erklärung gegen das Recht der Arbeitnehmer zu bringen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen wird in einer Versammlung, die am Donnerstag, den 20. November, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen“ in Berlin stattfinden, den Herren vom Leipziger Verband und vom Kommisverein von 1888 die Junge lösen und ihnen Gelegenheit geben, ihr gefühlsfeindliches Verhalten vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

### Neben dem Kolonialmilitarismus der Kolonialmarinismus.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß nach der gewaltigen Rüstungsvorlage dieses Jahres dem deutschen Volke in nächster

Zeit riesige Forderungen für die Kolonien präsentiert werden. So schreibt die „Koloniale Korrespondenz“:

Die Notwendigkeit, das wachsende deutsche Kolonialreich an der Westküste Afrikas durch Schaffung eines stärkeren Flottenstützpunktes zu schützen, tritt mit der vermehrten deutschen Kapitalanlage daselbst mehr und mehr in den Vordergrund. Dieser Ansicht scheint auch die Reichsregierung zu sein, und zwar ist auf den Duala, Kameruns Hauptstadt im innersten Winkel des Golfes von Guinea, als zukünftiger deutscher Flottenstützpunkt in Aussicht genommen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 271) gibt zustimmend einen längeren Aufsatz aus einem im „Deutschen Offiziersblatt“ veröffentlichten Artikel über Dr. Solfs Afrikafahrt wieder, in dem es über diesen Punkt heißt:

Für den Hafen von Duala ist ein großartiger Ausbau vorgezogen, es soll ein Landungssteg für größte Seebomber erbaut werden, der den jetzigen unbehaglichen und kostspieligen Leichterverkehr völlig ersetzt. Die Kamerumbai hat von Natur außerordentlich günstige Vorbedingungen für einen Hafenbau. Die sich auf 10 Kilometer nähernden Einfallstörze, das Kap Kamerun und die gegenüberliegende Inselbajonette sind zur Anlage von Befestigungen geeignet, so daß Duala gleichzeitig als großer Kriegshafen ausgebaut werden könnte.“

Wenn Frankreich sein nordwestafrikanisches Kolonialreich durch Anlage des Kriegshafens von Dakar in Senegal glaubt schützen zu müssen, wenn England Gibraltar, Ken usw. stark besetzt, so wird man dem Deutschen Reich die gleichen Maßnahmen nicht verweigern können.

Natürlich nicht. Denn der Bau eines großen Kolonialen Kriegshafens verspricht dem Rüstungskapital wieder neue erhebliche Profite. Die vielen Millionen, die hierzu nötig sind, müssen natürlich die deutschen Steuerzahler aufbringen. Hierzu kommen die Millionen für den mit Wasserdampf betriebenen Bau von Kolonialbahnen, die zu versprechenden Staatssekretär Dr. Solf auf seiner sechsten beendeten Afrika-reise einen wahren Feuerspeer bewiesen hat, ferner die Absichten auf Angola usw. Angesichts dieser imperialistischen Wünsche ist es notwendig, die Arbeiterklasse rechtzeitig gegen die maßlosen Ansprüche unserer Weltmacht- und Kolonialpropheten mobil zu machen.

### Erhöhung der Arzneitage.

Die bayerische Regierung hat beim Bundesrat die Erhöhung der Arzneitage beantragt und dieses Verlangen mit der schlechten wirtschaftlichen Lage begründet, in der sich viele Landapotheker befinden. — Daß die Besitzer mancher ländlichen Apotheken nicht gerade auf Kosten gebettet sind, mag richtig sein, aber es ist doch ein höchst eigenartiger Weg, wenn man, um diesem Uebelstande abzuhelfen, nun dem ganzen deutschen Volke die Arzneimittel verteuern will. Das würde nur dazu führen, daß die Phantasiereise, die bereits heute schon für viele Apotheken bezahlt werden, noch weiter in die Höhe getrieben werden.

### Die Kreiswahlen in Baden.

Unsere Parteigenossen in Baden hatten sich vor drei Jahren nur in Mannheim an den Kreiswahlen beteiligt. Ihr Erfolg gab die Veranlassung, daß der Landesparteitag sich mit der Frage beschäftigte und nach einem informierenden Referat einstimmig eine Resolution annahm, in welcher den Kreisen, die auf einen Erfolg rechnen zu können glaubten, die Beteiligung empfohlen wurde.

Von den 11 Verwaltungskreisen haben sich unsere Genossen nur in 3 (Mannheim, Pforzheim und Freiburg) an der Wahl beteiligt. In der Stadt Mannheim erhielten wir 5288 Stimmen und 666 Wahlmänner und die Nationalliberalen 1051 Stimmen und 126 Wahlmänner. Wir gewannen gegen 1910 1637 Stimmen, während die Nationalliberalen 470 Stimmen erzielten. Von den in den 9 Landbezirken Mannheim zu wählenden 11 Abgeordneten werden uns 5 zufallen. Die Stadt Mannheim wählt 28 Abgeordnete, so daß wir im Kreis Mannheim mit 28 Abgeordneten vertreten sein werden. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 70, von welchen 34 gewählt und 27 von den Gemeinden ernannt werden. Außerdem gehören der Verammlung noch 9 Großgrundbesitzer an. Auch unsere Genossen in Pforzheim haben gut abgekommen. Sie erhielten 650 Stimmen und 27 Wahlmänner, die Liberalen 314 Stimmen und 49 Wahlmänner. Zu wählen sind in die Kreisversammlung 8 Abgeordnete und 3 Ersatzmänner.

In Freiburg, wo sich unsere Genossen allein nicht zu zeigen getrauten, verbündeten sie sich mit den Nationalliberalen. Der Erfolg aber war geradezu niederschmetternd. Das Zentrum erhielt 2006 Stimmen und 267 Wahlmänner, während die vereinigten Großblockparteien nur 1155 Stimmen und ganze 57 Wahlmänner ausbrachten. In Karlsruhe, wo unsere Genossen Gewähr bei Fuß gestanden, erhielten die liberalen Parteien 800 und die Liste des Zentrums 802 St. Es entfallen auf die Liberalen 320 und auf das Zentrum 225 Wahlmänner. Wenn sich unsere Karlsruher Genossen entsprechend dem Beschluß des Landesparteitages an den Wahlen beteiligen und auch hier praktische Politik betrieben hätten, so würden sie ebenso wie unsere Genossen in Mannheim und Pforzheim den Nationalliberalen ihre Stige abgenommen haben.

Zu den Aufgaben eines Kreisverbandes gehören alle Einrichtungen und Anstalten, welche die Entwicklung, Pflege und Förderung der Interessen des ganzen Kreises betreffen, so z. B. die Einrichtung von Sparkassen, Unterrichtsanstalten (landwirtschaftlichen und Haushaltungsschulen u. dergl.), sowie von Armen-, Kranken- und Rettungsanstalten. Durch besondere Geheiß ist ihm außerdem die Versorgung des Landarmenwesens und des Kreisstrafenwesens übertragen.

Die Gesamtausgaben der 11 Kreise betragen 1911 5 179 621 M., darunter 1 702 888 M. allein für Armenzwecke, 145 186 M. für Unterrichtswecke, für Förderung der Landwirtschaft 201 052 M., für das Gewerbe 4471 M.

### Der Württembergische Landtag

wird aller Voraussicht nach Mitte Januar wieder zusammentreten. Eine ganze Reihe von Gesetzesvorlagen harrt der Erledigung: Die Schaffung eines Rechnungshofes mit richterlicher Unabhängigkeit, Reform der Gemeindesteuern, Pensionenrechte der Körperschaftsbeamten, Unfallfürsorge für die Körperkraftsbeamten, Anwesenheit, Gebäudebrandversicherungsgesetz, Weingarten-Roistandsgesetz. Von einer gesetzgeberischen Aktion zugunsten der Arbeitslosen wissen die offiziellen Jeddern jedoch nichts zu berichten.

### Die Gemeinderatswahlen in Württemberg

finden im Dezember dieses Jahres statt. In 156 Gemeinden Würtbergs ist die Sozialdemokratie mit 337 Genossen im Gemeinderat vertreten. In 179 Gemeinden sitzen Genossen im Bürgerausschuß. Ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder hat alle zwei Jahre auszuliegen. Das Wahlrecht ist für alle Bürger gleich und geheim. In Städten mit über 10 000 Einwohnern wird nach dem Proporzsystem gewählt.

In Stuttgart findet die Wahl am Freitag, den 12. Dezember, statt. Zehn Mandate sind neu zu belegen. Vier von ihnen hatte bisher die Sozialdemokratie inne. Die Ränge des eigenartigen Proporzsystems, das in Württemberg zur Anwendung gelangt, machen sich in Stuttgart bereits wieder bemerkbar. Die Sozialdemokraten sind in den bürgerlichen Parteien, Mandatsrichtige Politiker suchen durch allerhand Winkelzüge allerlei Interessengruppen (Handwerksvereine, Bürgervereine, gewerbliche Vereinigungen usw.) vor ihren Korzen zu spannen, um gefährdete Mandate der eigenen Partei aus dem Sattel zu heben. Die Sozialpartei, die seinerzeit die Disziplinlosigkeit im Lager der Sozialdemokratie jubelnd begrüßte und als „Macht der Notwehr“ verteidigte, hat nun alle Hände voll zu tun, um den Untrieben im eigenen Lager zu steuern. Auseinandersetzungen in der volksparteilichen Parteileitung werden in anonymen Zirkularen gegen den „rabulalen Flügel“ der Sozialpartei aus-

geschlachtet. Das vollparteiliche Organ, das zunächst die national-liberalen Bundesblätter im Verdacht der Urheberhaft dieser Zirkulare und anonymen Schmähchriften hatte, mußte sich belehren lassen, daß seine eigenen Parteifreunde die Mächer sind. Am weitern es: „Schmähe die und teilweise unwohler Veräterer“ um. Vor zwei Jahren las man's anders! Die Moral von der Geschichte aber ist: Verrückung des Proporzsystems, Beseitigung der Mängel, die solche Dinge möglich machen.

### Die Lage in Mexiko.

Washington, 17. November. Obwohl die Regierung der Meinung ist, daß Huerta nachgeben muß, so will sie doch einige Tage die Wirkung des Drucks des Auslandes auf Huerta abwarten. Erst dann werden definitive Maßnahmen getroffen werden.

### Huerta bleibt bei seiner Weigerung.

Mexiko, 17. November. Wie berichtet wird, hatte der amerikanische Geschäftsträger D. S. Haugness eine Zusammenkunft mit Huerta, in der ihm Huerta erklärte, daß er nicht zurücktreten werde und daß er nur solche Vorschläge annehmen könne, die mit seiner Würde und derjenigen Mexikos vereinbar seien.

Der Austritt des Ministers des Aeußern Aldape wurde in einer Kabinettsitzung am Sonntagvormittag verlangt. Huerta wiederholte in dieser Sitzung den Ministern gegenüber seine Erklärung, daß er nicht zurücktreten werde, daß es sich für ihn um Leben und Tod handle, und daß er das Spiel zu Ende spielen werde. Der zurückgetretene Minister Aldape war der Führer der Gruppe von Ministern, die überzeugt waren, daß es besser wäre, wenn Huerta wenigstens einen Teil der amerikanischen Forderungen, die sein völliges Ausscheiden aus der Leitung des Staates enthielten, erfüllte. Aldape war der einzige, der den Rat hatte, über die internationale Lage offen mit Huerta zu sprechen.

### Oesterreich.

#### Schrei für die passive Resistenz.

Prag, 17. November. In Budweis fand gestern eine Versammlung von über tausend deutschen und tschechischen Lehrern Südböhmens statt, in der die Notlage der Lehrerschaft besprochen wurde. Schließlich wurde von dem Vorsitzenden die Frage gestellt, ob die Lehrerschaft bereit sei, zur Erlämpfung einer Gehaltserhöhung zum Mittel der passiven Resistenz in Schulunterricht zu greifen. Die Anfrage wurde einstimmig bejaht.

### Frankreich.

#### Die französische Wahlreform.

Paris, 17. November. (W. T. V.) Die Kammer beriet heute über die Wahlreform und nahm mit 295 gegen 251 Stimmen einen Zusatzantrag Maginot an, wonach die Zahl der Sitze nach der Ziffer der eingeschriebenen Wähler berechnet werden soll. Die Wahlkommission hatte vorgeschlagen, die Zahl der Sitze nach der Zahl der Einwohner zu berechnen und der Minister des Innern Klotz hatte in ziemlich bewegter Kammeritzung den Text der Kommission verteidigt.

#### Ein unerwünschter Besuch.

Im Gemeinderat des Kriegsbahns Dreßf, der eine sozialistische Mehrheit hat, richtete der reaktionäre Gemeinderat Henry an den Bürgermeister, Genossen Waffon, die Frage, ob nicht Dreßf nach dem Vorbild der Nachbarstädte den Präsidenten Poincaré einladen werde. Dreßf könne nicht hinter ihnen in „republikanischer Loyalität“ zurückstehen. Er beantragte die Entsendung einer Deputation nach Paris zur Einladung des Präsidenten der Republik, worauf er sich eine entsprechende Abgabe gefallen lassen mußte. Unter Bezugnahme auf die gleiche Haltung der sozialistischen Gemeindevorstellungen und Gemeinderatsmitglieder in Limoges, Toulouse, Bordeaux, Marseille und Rheims erklärte Gen. Waffon, sich nicht zu den chauvinistischen Demonstrationen herzugeben, wie sie sich an die Präsidentenreisen anschließen. „Wenn die sozialkonserватiven Parteien sich nicht der Person des Präsidenten der Republik zum Vorteil ihrer reaktionären Politik bedienen, könnte meine Antwort ganz anders lauten. Ich lehne es unbedingt ab, zur Förderung des Nationalismus in dieser Gegend beizutragen, um so mehr, als die geplante Reise am Vorabend der Wahlen erfolgen soll, in welcher Zeit die Herkunft des Präsidenten, der eigentlich über den Parteien stehen sollte, geeignet wäre, die Wähler zu beeinflussen. Im Verlaufe der Diskussion erklärte Genosse Philippot: „Um den Präsidenten als solchen handelt es sich nicht. Aber Poincaré ist der Mann der Reaktion allein. Sie legt den Fuß: Doch Poincaré! an die Stelle des Hoch die Republik!“

Nach heftiger Debatte, in der Herr Henry die Mehrheit kräftig bekämpfte, wurde die Einladung mit 18 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

### Bulgarien.

#### Danew's Schuld.

Sofia, 17. November. In der gestrigen öffentlichen Versammlung führte Minister des Aeußeren Chenadiew über die Ursachen des nationalen Unglücks folgendes aus: Als im September 1912 die Türkei mobilisierte, habe der Generalstab trotz der Ränge, welche die Arme zeigte, erklärt, er verbürge sich für den Sieg. Der Krieg müsse aber kurz sein. Nachdem jedoch der Krieg ausgebrochen war, habe die Regierung dieser Warnung nicht geglaubt, sondern die Friedensverhandlungen in London in die Länge gezogen. Die Türkei habe damals nur verlangt, daß sie im Besitze der Dardanellen und Konstantinopels belassen werde. Nach der Schlacht von Tschataldcha seien die Bedingungen schon weniger vorteilhaft, aber immer noch ausgezeichnet gewesen, und der Frieden hätte geschlossen werden können. Damals sei er (Chenadiew) im Lager von Tschataldcha gewesen und habe Danew geraten, Frieden zu schließen, indem er ihm die Gefahr eines Angriffs von serbischer, griechischer und türkischer Seite vor Augen geführt habe. Die Regierung habe sich geweigert, Frieden zu schließen, und erst auf einen Bericht der Generale Sawow und Fritschew hin, die die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes begründeten, sei ein Waffenstillstand geschlossen worden. In diesem Augenblick habe das Unglück Bulgariens begonnen. Die Regierung habe aus der glänzenden Lage, welche die bulgarischen Siege geschaffen hätten, keinen Nutzen zu ziehen gewußt, und es nicht verstanden, durch einen Friedensschluß mit der Türkei die Kräfte des Landes intakt zu halten und so weitere Komplikationen zu vermeiden. Nichtsdestoweniger habe sich eine neue Chance geboten. Der Bankier Rakitsch sei vom Hauptquartier nach Konstantinopel geschickt worden und habe dort die Liebergabe Adrianopels durchgesetzt. Darüber habe sich Ministerpräsident Geshow verlegt gezeigt und mit seiner Demission gedroht, da er sich nicht allein mit der Türkei verständigen wollte. Beim Abbruch der Londoner Verhandlung habe Bulgarien die Vorteile eingebüßt, die es vor Tschataldcha erlangt hatte. So habe Bulgarien den zweiten Krieg gegen die Türkei begonnen, obwohl die Generale davon abrieten. Nach dem Falle Adrianopels hätte der Frieden sofort unterzeichnet werden können. Die Regierung habe sich jedoch durch Schwäche der Serben und der Griechen hindern lassen, die Vorbehalte machten zu dem einzigen Zweck, die Verhandlungen hinzuziehen und Bulgarien zu erschöpfen. Ohne die Intervention Gresh hätten die Verhandlungen ewig dauern können. Chenadiew schloß: Der Krieg mit Serbien und Griechenland ist nicht die Ursache des Unglücks Bulgariens ge-

wesen. Das Unglück ist eine Folge der Art und Weise, wie der Krieg gegen die Türkei geführt wurde. Das Volk und die Armeebulgarier haben ihre Pflicht getan. Seine Diplomatie war es, die alle Fehler begangen hat.

## Aus der Partei.

### Deutsch-amerikanische Reichsverbandsmannieren.

Genosse Scheidemann befindet sich bekanntlich zurzeit auf einer Agitationsreise in den Vereinigten Staaten. So begeisterte Aufnahme er in Arbeiterkreisen findet, so scharf und verärgert blicken die kapitalistischen Kreise auf die Erfolge unseres Genossen. Vor allem die bürgerliche deutsch-amerikanische Presse begleitet die Vorträge Scheidemanns mit häßlichen Glossen. So schrieb die in St. Louis erscheinende deutsche Zeitung „Amerika“, ein Blatt nach dem Muster unierer reichsdeutschen „Germania“, in ihrer Nummer vom 4. November:

„Scheidemann wurde bei seiner Ankunft von mehreren Berichterstattern „ausgeholt“. Hoehn war der Dolmetscher. Eine der Nachmittagszeitungen berichtet nun über das Interblew u. a. wie nachstehend in Uebersetzung folgt:

„Eine Kriegserklärung seitens England, Deutschland oder Frankreich gegen eine der beiden anderen Nationen würde zur Folge haben, daß die Arbeitervertreter dieser Länder Rat darüber halten würden, ob ein gerechter Grund für Krieg vorliege. Und es ist unmöglich, daß ein gerechter Grund für Krieg zwischen diesen drei Ländern bestehe.“

„Die Arbeiter Deutschlands würden nach meiner Ansicht sogar nicht zögern, das Volk einer anderen Nation gegen die Kräfte ihres eigenen Kaisers zu unterstützen. Sie werden für ihre eigenen Einrichtungen stets eintreten. Wenn zum Beispiel Kaiser Wilhelm von Deutschland der französischen Republik den Krieg erklären sollte, entweder um sie zu erobern (?), oder um sie in eine Monarchie umzuwandeln (?), so würden die Sozialisten und die Arbeiterklasse Deutschlands, die mit der Republik sympathisieren, diese freie Republik Frankreich gegen ihren eigenen Kaiser unterstützen. Wir Sozialisten würden sogar mit den Franzosen gegen den deutschen Kaiser kämpfen, da in diesem Falle Frankreichs Sache die unierliche sein würde. Wir würden kämpfen, wenn ein Grund vorläge, doch der einzige Grund der in Betracht käme, ist die drohende Zerstörung der Institutionen des Volkes.“

„Also der sozialistische „deutsche“ Abgeordnete in Amerika. Wie verhält sich dies, um nicht weiter darauf einzugehen, mit der Tatsache, daß die Sozialisten vor noch nicht langer Zeit bedeutende Mehrforderungen für das deutsche Heer bewilligten?“

Genosse Scheidemann fandte darauf dem Blatte folgendes Schreiben:

An die Redaktion der „Amerika“

St. Louis.

Die Dienstagsummer Ihrer Zeitung, die mir ein Zufall in die Hand spielte, bringt im Anhang an einen ansehnlichen Bericht über eine von mir zu St. Louis gehaltene Rede, die Uebersetzung eines Interviews, das in einem dortigen Nachmittagsblatt veröffentlicht worden sein soll. Da Sie das Blatt nicht nennen, bin ich leider nicht in der Lage, ihm eine Zurechnung direkt zuteil werden zu lassen. Ich bitte Sie aber, Ihren Lesern mitteilen zu wollen, daß ich mit niemand eine Aussprache gehabt habe, in der auch nur entfernt die Rede gewesen wäre von Dingen, wie sie nach Ihrer Uebersetzung berichtet worden sein sollen.

Dochachtungsvoll

Philipp Scheidemann, M. d. R.

### In der Angelegenheit der P. P. S.

hat der Parteivorstand ein Zirkular folgenden Inhalts verfaßt:

Der Parteitag in Jena 1913 hat in der Angelegenheit der P. P. S. (Polnischen Sozialistischen Partei) folgender Resolution fast einstimmig angeeignet:

„Der Parteitag verurteilt auf das Schärfste die kapitalistische Politik der preussischen Regierung und der bürgerlichen Parteien. Unsere Genossen in den parlamentarischen Körperschaften werden diese Politik wie bisher mit aller Kraft bekämpfen.“

Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann diese Unterdrückungspolitik aber nur mit Erfolg bekämpft, wie überhaupt der Kampf zur Befreiung des polnischen Volkes von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung nur wirksam geführt werden, wenn das polnische Proletariat sich ebenso wie in den Gewerkschaften auch in der sozialdemokratischen Partei einheitlich organisiert und mit dem unter dem gleichen Joch leidenden deutschen Proletariat gemeinsam den Befreiungskampf führt.

Der Parteitag hebt daher die Einigungsbedingungen von 1906 auf und spricht die Erwartung aus, daß alle politischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. In Landestellen mit polnischer sprechender Bevölkerung haben die örtlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schriftliche und mündliche Agitation auch in polnischer Sprache betrieben wird.“

Wir haben darauf den Vorstand der P. P. S. ersucht, mit uns über die geeigneten Maßnahmen zur Durchführung dieses Parteitagbeschlusses zu verhandeln. Er hat es aber abgelehnt, darüber mit uns in Verhandlungen einzutreten. Gemeinsam mit der Kontrollkommission der P. P. S. ündigt er für Weibnachten einen polnischen Parteitag an, der aber das Verhältnis der P. P. S. zur Partei und den Gewerkschaften besprechen soll. Bis dahin sollen die Mitglieder der P. P. S. aus den Gewerkschaften nicht austreten; später hätten sie sich den Beschlüssen zu fügen.

Das Organ der P. P. S., „Dziennik Robotniczy“, fasset indes fort, unsere Partei in der gefälligen Weise anzuzureisen. So wurde kürzlich ein polnischer Genosse stark getadelt, weil er bei der Wahl in Hamburg für unseren Genossen Stolten eingetreten war. Das wird als unzulässig bezeichnet und erklärt:

„Nach dem Jenerer Beschluß ist es uns völlig gleichgültig, ob ein ausgeprochener Galatzi oder ein falscher Freund den Abgeordneten einnimmt.“

Dieses Vorgehen des Vorstandes der P. P. S. läßt erkennen, daß er nicht gewillt ist, mit uns gemeinsam die durch den Beschluß des Jenaer Parteitages notwendig geordnete Neuregelung der Organisationsverhältnisse durchzuführen.

Die Organisationen werden daher ersucht, alle polnischen Genossen ihres Gebietes, die sich zu den Grundfragen unseres Parteiprogramms bekennen, zum Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein ihres Wohnortes aufzufordern.

Nicht durch das die Arbeiterbewegung schädigende Treiben der nationalistischen Organisationszerplitterer in dem Vorstand der P. P. S., nur durch den festen Zusammenhalt aller klassenbewußten Arbeiter in der Einheitsorganisation der Sozialdemokratie Deutschlands und in den gewerkschaftlichen Reichsverbänden kann der Befreiungskampf der Arbeiterklasse erfolgreich geführt und auch das polnische Volk von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Schmach befreit werden.

Für den Bezirk Oberhessen stellen wir demnächst einen polnischen Sekretär an. Auch bereiten wir Agitationematerial in polnischer Sprache vor, das wir in den Bezirken zur Verfügung stellen werden.“

### Eine rote Woche in Holland.

Der Parteivorstand hat, als das beste Mittel, um die Partei aus einem etwaigen Gefühl der Verbitterung über den Verlust des letzten Amsterdamer Wahlkreises wieder aufzurichten und zu gleicher Zeit den bürgerlichen Parteien eine stinkende Antwort auf diesen Angriff auf unsere Partei und auf die Gewerkschaftsbewegung zu geben, für die letzte Woche des Monats November eine all-gemeine „rote Woche“ ausgeschrieben, in welcher insbesondere unter den Mitgliedern der Gewerkschaften durch das ganze Land Mitglieder für die Partei und Abonnenten für die Parteipresse zu sammeln sind. Den vereinigten Gegnern soll damit gezeigt werden, daß unsere Energie un-

gebrochen ist und die Partei ohne jede Hast anfängt, sich vorzubereiten zur Vergeltung für die erhaltene Schlappe.

### Kommunalwählerfolge.

Die Wahlen in den Gemeinden des oberen Kreises Solingen haben keine Verränderung im Bestande der Parteien gebracht. Besonders scharf war der Kampf in der Gemeinde Oßscheid, wo die vereinigten bürgerlichen Interessengruppen aller Art geschlossen unseren Genossen gegenüberstanden, mit dem aus-geschlossenen Zweck, die sozialdemokratische Mehrheit zu beseitigen. Trotzdem wurden die sozialdemokratischen Kandidaten in der dritten Abteilung fast einstimmig und in der zweiten Abteilung mit größerer Mehrheit wie vor zwei Jahren wiedergewählt. In der zweiten Abteilung haben die Bürgerlichen noch ein Mandat im Besitz. — In Wald wurden vor zwei Jahren zwei Mandate der zweiten Abteilung den vereinigten bürgerlichen Gruppen in einem Bezirk abgenommen, ein weiteres wäre in diesem Jahre gefolgt. Da hob der Bürgermeister die bisherige Bezirkseinteilung auf und gliederte den Arbeiterbezirk Rongenberg dem inneren Stadtbezirk an, wodurch eine sozialdemokratische Mehrheit für absehbare Zeit unmöglich gemacht wurde. Trotzdem brachten es unsere Genossen auf 100 Stimmen gegenüber 240 der vereinigten Gegner. In der dritten Abteilung erhöhte sich unsere Stimmengahl von 940 auf 1082, während die der Christlichnationalen von 116 auf 55 zurückging. — In Oßlig wurden in der dritten Abteilung unsere Kandidaten ohne Gegenkandidaten gewählt. — In Leichlingen (unterer Kreis) gelang es uns nicht, den vereinigten Schwarzblauen die letzten zwei Mandate in der dritten Abteilung abzunehmen. Auch hier hat man durch eine neue Bezirkseinteilung und Verlegung der Wahllokale in einen abgelegenen Stadtbezirk das elende Dreiklassenwahlrecht noch weiter verschlechtert.

Die Bürgerchaftswahlen im ländlichen Boudgebiet haben am Freitag in der vierten Wählerklasse, der alle Bürger, die weniger als 3 Hektar eigenes Land bewirtschaften oder ein Einkommen bis zu 2000 M. versteuern, angehören, mit einem glänzenden Erfolg der Sozialdemokratie geendet. Wie bereits telegraphisch gemeldet, erhielt Genosse Stellung 146 Stimmen, während auf die Gegner zusammen 24 Stimmen entfielen. Bei der letzten Wahl in diesem Bezirke, die vor sechs Jahren stattfand, brachte der sozialdemokratische Kandidat es nur auf 41 Stimmen, während der Kandidat der Gegner mit 70 Stimmen den Sieg davontrug. In dem enormen Wachstum unserer Stimmen und dem rapiden Stimmengewinn der Gegner liegt das Bedeutungsvolle des Wahlergebnisses. Auch in den rein ländlichen Gebieten bringt der sozialdemokratische Gedanke siegreich vor. Bisher befanden sich alle ländlichen Bezirke im Besitz des Bürgertums. — Die Bürgerchaftswahlen in den städtischen Bezirken Solings finden am Dienstag, den 18. November, statt.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Polizeischikanen gibt's nicht.

Die Verlesung des Hauptmannlichen Jahrbuchzeitung im Dreßlauer Gewerkschaftshaus war seinerzeit als politische Versammlung angemeldet worden und die Polizei hatte auch zwei Beamte entsandt, die der Agitation von Anfang bis Ende beizuwohnen. Nachträglich fiel ihr aber ein, daß sie den Veranstaltern doch noch eins am Auge stechen konnte. Auf eine Oberpräsidialverordnung stütze sie das Verlangen, daß die Veranstaltung als „Defamatorischer Vortrag“ hätte angezeigt werden müssen, und das nicht geschehen ist, sendte sie zwei Genossen ein Strafmandat von je 15 M. Da die Polizei eine Anmeldung in der Hand hatte, da sie ferner genau wußte, was zum Vortrag kam und die Versammlung auch überwachte, wird das Gericht über ihre Strafbeschele entscheiden.

Aus Versehen hatte die Expedition der „Volksmacht“ als Belegexemplar eine alte Zeitungsummer geschickt, aber auf telephonischen Anruf sofort umgetauscht. Das kleine Versehen, das auch der polizeiliche Abnahmbeamte nicht bemerkte, war Ursache zu einem Strafbescheid von 8 M. Das Schöffengericht konnte beim besten Willen kein strafbares Vergehen in dem Irrtum entdecken und sprach den Schwerverbrecher frei. Aber Polizeischikanen gibt's nicht!

## Aus Industrie und Handel.

### Konjunkturrückgang im Kohlenbergbau.

Das Rheinisch-Westfälische Kohleninduliat berichtet über die Absatzverhältnisse im Monat Oktober: Das Absatzergebnis des Berichtsmontats ist gegen den Vormonat durchweg zurückgeblieben. Der Absatz weist im arbeitstäglichen Durchschnitt einen Rückgang von 6,89 Proz. auf. Er betrug nur noch 90 Proz. der Beteiligungsanteile der Mitglieder gegen 96 Proz. im Vormonat. Im Vergleich mit dem Oktober v. J. ist zwar in der Gesamtmenge noch ein Mehr von 1,97 Proz. zu verzeichnen, dabei ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß das Ergebnis des Vergleichsmontats im Vorjahre durch den damaligen Wagenmangel eine beträchtliche Einbuße erlitten hat, während im Berichtsmontats die Wagenanforderungen der Zechen nahezu im vollen Umfange befriedigt worden sind.

Der Kohlenabsatz für Rechnung des Syndikats ist gegen den Vormonat in der Gesamtmenge um 7,71 Proz. gefallen, gegen Oktober 1912 um 8,34 Proz. gestiegen. Im Bruttoabsatz für Rechnung des Syndikats konnten die im Inlandsabgabebiet er-wachsenen Ausfälle durch Lieferungen an das Ausland ausgeglichen werden.

Eine wesentlich ungünstigere Entwicklung weist der Kohlenabsatz für Rechnung des Syndikats auf. Der starke Rückgang des Kohlenabfuges ist auf die Abminderung des Verbrauches in Eisen- und Stahlwerke infolge der milden Witterung namentlich aber auf die starken Ausfälle zurückzuführen, die die Lieferungen an die Hochöfenwerke erlitten haben, d. h. auf den Rückgang der Konjunktur in der Eisenindustrie. Durch diese Mitteilungen bestätigt das Syndikat selbst die Kritik, die sich gegen die Weibehaltung der Kohlen- und Kohlenpreise trotz der einsetzenden Konjunkturabminderung richtet.

## Letzte Nachrichten.

### Gärung in Indien.

Bombay, 17. November. Unter der indischen Bevölkerung herrscht große Aufregung über die grausame Behandlung, die den indischen Kulis in den Bergwerken Südafrikas zuteil wird. Namentlich die letzten Nachrichten, nach denen die indischen Minenarbeiter wie die Sklaven gehalten und durch Prügelstrafen zur Arbeit gezwungen werden, ja sogar zwingen, die die Minen verlassen wollten, erschossen worden sind, hat die Erregung bis zur Siebeshöhe gesteigert. Es wird verlangt, daß die britische Regierung energig einschreite und Abhilfe der grausamen Behandlung der indischen Arbeiter erzwingt, da die Inder sonst das englische Bürgerrecht nicht mehr als eine Ehre ansehen können.

In Durban ist ein Zustand ausgebrochen, dem sich die Aufseher, Boten, Köche, Kellner und andere angeschlossen haben. In den Zuckerplantagen bei Durban nimmt die Lage ein ernstes Aussehen an. Eine Anzahl von Indern, die den Versuch machte, ihre Sandlente zu überreden, die Arbeit niederzuliegen, leisteten der Polizei Widerstand und griffen zu Stöcken und Steinen. Ein Polizeikommissar und ungefähr dreißig Indern wurden verwundet. An verschiedenen Orten sollen die Indern versuchen, die Weizen in Schreden zu setzen und sie den Zuckerrohr in Brand. An einer Stelle sind unter dem Jubel der anwesenden Indern 150 Acres in Flammen aufgegangen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 15. November verstarb unser Genosse, der Maler Robert Drössel...

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maler Robert Drössel...

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse Emil Bauer...

Emil Bauer

plötzlich und unerwartet verstarb Sonntag früh unser Kollege und Freund Emil Bauer...

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege Emil Bauer...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher Emil Bauer...

Emil Bauer.

Am 16. d. M. verstarb plötzlich und unerwartet unser Kassenangestellter Herr Emil Bauer...

Blumen- und Fraubinderei von Robert Meyer.

Ans.: P. Gollitz Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Kaufmann und frühere Privatsekretär...

Julius Dreybrodt im 71. Lebensjahre verstorben ist. Dies zeigt allen Freunden des Entschlafenen an...

Charlotte Eisenhauer

Am 14. November verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, Mutter, Schwiegermutter und Großmutter Charlotte Eisenhauer...

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Kollegin (Damenkonfektion) Frau Charlotte Eisenhauer...

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenhauer.

Nachruf. Am Freitag, den 14. November, starb unser langjähriges Mitglied im Aufsichtsrat Albert Busack...

Karl Kruse

So viele Beweise ihrer Anhänglichkeit gezeigt haben, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Paul Verleih

Alle Freunde, Kollegen und Bekannten, die uns beim Hinscheiden unseres lieben Vaters teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters...

Auguste Knacke

Sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Bielow für die tröstlichen Worte am Sarge der Entschlafenen, dem Gräbingerquartier „Georg Berg“, dem Gelangverein „Lobengrün“, dem Rauchklub „Eichen“ hiermit unseren innigsten Dank.

Spezialarzt

Dr. Homeyer. Haut-, Gicht-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Gehörlich Gata - Sturen in u. Co. fons Laboral. Blutuntersuchung, Fäden z. Gicht usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Oskar Wollburg

Trauer-Magazin Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) Am 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Gerichtstr. 23: Ordentliche General-Versammlung.

Der Vorstand: H. Michaelis, Paul Renz. Stempelfabrik Robert Hecht, Inh.: Altr. Schneller Berlin S. 42, Ritterstr. 116.

Achtung! Vorstenland

Deckblatt, erste Länge Vollblatt, hochf. im Brand, Geschmack u. Deckkraft pro Pfund M. 2,20. Hamburger Rohthak-Haus Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.

Bruchbandagen

Leibbinden, Geradschalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.

Ehe

Sie irg. ein Musikinstr. kauf. lass. Sie sich unbed. Spez.-Off. v. d. altbew. Smal m. gold. Medaille prämi. Musikhaus Heinr. Moritz Schuster in Markneukirchen mach. Gar. Falls Send. n. gefällt, Zurückz. d. Geld.

Achtung! Achtung! Bäckerei ist bewilligt!

Paul Meyer, Bäckermeister, Berlin - Treptow Krüllsstr. 16.

Tut Buße!

nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag! Die 12 polizeilich verbotenen Bußtags-Versammlungen zum „Massenstreik gegen die Staatskirche“ finden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. Todesbot: Amt Norden 9714, 1239, 1987, 185.

Branchen-Versammlung der Kesselschmiede.

Mittwoch (Bußtag), 19. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Haberland, Linienstraße 78: Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Waschick über: „Arbeitskämpfe und Arbeiterbewegung in der Gegenwart.“

H. & P. Uder, Engel-Aker 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.

Verband der sozialdemokratisch. Wahlvereine Berlins und Umgegend. Dienstag, den 18. November 1913, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlungen.

1. Wahlkreis. Corona-Prachtfäle, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren und der Kommissionen. 3. Verschiedenes.

2. Wahlkreis. Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 4. Vortrag über „Die nächsten Aufgaben des Reichstages“. Referent: Reichstagsabg. Richard Fischer.

3. Wahlkreis. Gewerkschaftshaus, Engelfufer 14/15.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Bericht der Revisoren. 2. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 3. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Adolf Ritter über: „Die internationalen Verbindungen der modernen Arbeiterbewegung.“

4. Wahlkreis. Urania, Wrangelstraße 10/11.

Tagesordnung: 1. Vorstands-, Kassen- und Revisionsbericht. 2. Anträge: a) Mitglieder, die im Jahlabend nicht erschienen und mit ihrem fälligen Monatsbeitrag im Rückstande sind...

5. Wahlkreis. Brauerei Schweizergarten, am Königstor.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über „Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie“.

6. Wahlkreis. Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.

Tagesordnung: 1. Bestätigung der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Vortrag des Genossen Reichstagsabgeord. Georg Ledebour.

Allgemeine Ortskrankenkasse Stadtkreis Charlottenburg.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Vertreter im Ausschuss, daß am Donnerstag, den 11. Dezember 1913, abends von 8 1/2-10 Uhr, die Wahl von 8 den Arbeitnehmern angehörigem Vorstandsmitgliedern...

Berichtigung-Bekanntmachung.

Betrifft die Wahlen zum Ausschuss der neuen allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Fichtenberg. In Absatz 2 muß es heißen: Die Wahlen aus dem Kreise der Versicherten finden statt am Freitag, den 19. Dezember, nachmittags von 5 bis 8 1/2 Uhr...

Gewerkschaftliches.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und ihr Dementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ teilte am Sonnabend, den 8. November, mit, daß die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des nicht besonders günstigen Ergebnisses, das ihr letzter Jahresbericht darbot, sich bereit erklärten, mit den freien, also den sozialdemokratischen Gewerkschaften auf freundschaftlichem Fuß zu stehen. Diese Nachricht dementiert nun das offiziöse Regierungsorgan, indem es erklärt: „Die Annahme vom Sonnabend, den 8. d. M., über eine Annäherung der Leitung der christlichen Gewerkschaften an die sozialdemokratischen beruhe auf irrtümlichen Annahmen. Wir bedauern, die Behauptung von vermeintlichen Anerbieten der christlichen Gewerkschaften an die sozialdemokratischen ohne nähere Prüfung einem anderen Blatt entnehmen zu haben.“

Wer mag bei diesem Dementi die Hand im Spiele gehabt haben? Sollte es gar die Regierung, Herr Bethmann-Hollweg, gewesen sein, welche der „Norddeutschen Allgemeinen“ klar machte, daß man die Annäherungsversuche, die in Wirklichkeit stattgefunden haben, nicht ernst zu nehmen brauche, sondern daß dies bei den „Christlichen“ nur ein Mittelstück sein sollte, dem Rückgang ihrer Mitglieder zu steuern. Die Regierung kennt ihre Pappenheimer vom vorjährigen Ruhrbergarbeiterstreik und von der Lohnbewegung in Saarbrücken. Sie weiß, daß es solchen Leuten nicht ernst ist mit dem Anerbieten der Arbeitsgemeinschaft, sondern dies nur einer der „christlichen“ Tricks ist, von welchen die Gewerkschaftsbewegung schon manchmal Schaden hatte. Deshalb ist aber das Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen“ noch lange nicht richtig, sondern ihr Artikel vom 8. November über die Annäherungsversuche entspricht voll und ganz der Wahrheit. Um der Wahrheit aber zum Siege zu helfen, sei der „Norddeutschen Allgemeinen“ zu ihrem Ruh und Frommen folgendes von den Anbiederungs- und Annäherungsversuchen der „Christlichen“ mitgeteilt:

Am 2. September d. J. schrieb im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des „Christlichen“ Gewerkschaftsvereins sechs „christliche“ Anknüpfungspunkte an den Vorstand des Bergarbeiterverbandes einen Brief, in welchem sie Arbeitsgemeinschaft anboten. Am 12. Oktober fand in Gelsenkirchen eine Konferenz der Sicherheitsmänner statt, in dieser Konferenz sprachen der erste Vorsitzende des „Christlichen“ Gewerkschaftsvereins, Herr Vogelung, der Landtagsabgeordnete Imbusch, der Bergknappenredakteur K r u p, alles „christliche“ Koryphäen, und wurde am Schlusse eine Resolution angenommen, in welcher unter anderem folgender Satz von der Arbeitsgemeinschaft steht: „Insbesondere können und müssen die Organisationen der Bergleute in der Forderung des Bergarbeiterstreikes zusammenarbeiten.“

Am 21. Oktober berichtet die „Westfälische Volkszeitung“ (Wochener Zentrumsblatt und Publikationsorgan der „Christlichen“) von einer Versammlung in D ö n t r o p. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß der Abgeordnete Imbusch über sein Referat, das er in dem westfälischen Arbeiterdorf D ö n t r o p hielt, selbst berichtete. Hier lesen wir nun wörtlich folgendes: „Dann freiste Redner (Imbusch) die vielbesprochene Arbeitsgemeinschaft und wies nach, wenn endlich etwas erreicht werden solle, diese Arbeitsgemeinschaft unbedingt notwendig sei. Die Bergbesitzer haben diese Arbeitsgemeinschaft gefürchtet und die Gewerkschaften sind darauf eingegangen.“

Am Schlusse wurde eine Resolution angenommen, in welcher folgender Passus steht: „Die Versammlung ist der Ansicht, daß die minimalen Zugeständnisse der Bergbesitzer denselben nicht abgerungen worden wären, ohne die Einigungsbestrebungen des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter.“

In allen den Versammlungen, wo in letzter Zeit „christliche“ Gewerkschaftsführer auftraten, sprachen sie für Ar-

beitsgemeinschaft, das heißt für das Zusammengehen des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins mit dem Verband der Bergarbeiter, also mit einem sozialdemokratischen Verbands, wie die „Norddeutsche Allgemeine“ zu schreiben beliebte. Doch nicht allein für Zusammengehen, für Arbeitsgemeinschaft schwärmten heute die Führer des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins, sondern mit radikalen Tönen fordern sie zu einem energischen Kampf gegen das Unternehmertum auf. Das Organ der „Christlichen“, der „Bergknappe“, brachte schon am 23. August einen Artikel, überschrieben: „Gegner einer Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Bergarbeiterverbände“, worin es unter anderem heißt: „Es ist ganz natürlich, daß der Plan des Gewerkschaftsvereins, eine Arbeitsgemeinschaft aller Bergarbeiterorganisationen zu bilden, viele Gegner findet. Nicht von Unternehmern paßt die geplante Arbeitsgemeinschaft auch vielen fanatischen Sozialdemokraten nicht.“

Von da ab folgt Woche für Woche in dem „Bergknappen“ irgendeine Notiz, die Stellung zur Arbeitsgemeinschaft nimmt und dazu auffordert. Jedes Kind in Rheinland-Westfalen kennt die Annäherungsversuche der „Christlichen“ an die freien. Nur die „Norddeutsche Allgemeine“ weiß nichts mehr davon. Sie dementiert!

Berlin und Umgegend.

Die Kinooperatoren und der Heiligabend.

Eine allgemeine Versammlung der Kinooperatoren beabsichtigte sich in einer in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag abgehaltenen Versammlung mit der Freigabe des Heiligabends zu beschäftigen. Der Obmann der im Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisierten Operatoren, W e h n e r t, referierte über die Schritte, die in dieser Frage bisher unternommen worden sind. Bekanntlich steht diese Gruppe im Kampfe um den freien Heiligabend an erster Stelle. Sie hat bisher alle erdenklichen Schritte getan, um den Kineangestellten diesen einzigen Abend im ganzen Jahre zu einem Ruheabend zu gestalten. Leider hat der Kampf bis jetzt noch nicht das gewünschte Resultat gezeitigt.

Der Vertreter der „Freien Vereinigung der Kineangestellten“ erklärte, daß die besseren Kinos jedenfalls am Heiligabend nicht spielen lassen werden. Diese Inhaber seien auch die intelligentesten, da am Heiligabend das Geschäft doch nicht herauszureichen vermöge, was im Verlauf des Jahres nicht verdient werden konnte.

R i t h m a n n, vom Deutschen Transportarbeiterverband (dem die auf dem Boden der freien Gewerkschaft stehenden Kineangestellten sich angeschlossen haben), sprach den Operatoren im Kampfe um den freien Heiligabend die vollste Sympathie und Unterstützung seiner Organisation aus.

Das Resultat der Debatte war, daß einstimmig beschlossen wurde, demnächst eine Zusammenkunft der Vertreter sämtlicher Kineangestellten zu veranstalten, in der entscheidende Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Es folgte dann noch eine längere Aussprache darüber, welche Organisationsform für die Kineangestellten die geeignetste sei. W e h n e r t vertrat die Ansicht, daß für die Operatoren der Deutsche Metallarbeiterverband und für die übrigen Angestellten der Deutsche Transportarbeiterverband in Betracht käme, schon aus dem Grunde, weil diese beiden Verbände leistungsfähig seien und instand wären, die Interessen der im Kino Beschäftigten am wirksamsten zu vertreten.

S a c h s als Vertreter der „Freien Vereinigung der Kineangestellten“ führte aus, daß dem nichts entgegenzusetzen wäre; der Plan hätte aber nur dann Aussicht auf Verwirklichung, wenn die genannten Verbände sich dazu herbeiließen, den im Kino Beschäftigten eigene, selbständige Sektionen zu gewähren.

A n a l vom Deutschen Metallarbeiterverband schloß sich den Ausführungen W e h n e r t s an und erklärte, daß die freie Vereinigung der Kineangestellten doch einmal erst den entscheidenden Willen bekunden sollten, den genannten Verbänden beizutreten, über die Bedingungen ließe sich dann schon reden.

R i t h m a n n führte aus, daß die vielen Gruppen, die seiner Organisation angehörten, durchaus zu ihrem Recht kämen, wenn also weiter nichts vorliege, dann stehe dem Anschluß ja nichts mehr entgegen.

Achtung, Puser! Die Sperre über den Neubau Loringstraße Ecke Schweinländer Straße, Warenhaus Löwenberg, ist aufgehoben. Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Sektion der Puser.

Achtung, Puser! Im Etablissement „Königsbath“, Große Frankfurter Str. 117, sind neuerdings wieder Lohn- usw. Differenzen mit den Musikern aufgebrochen, nachdem die vor etwa Jahresfrist aus ähnlichen Anlässen entstandenen Differenzen mit vieler Mühe und nicht ohne Opfer für die betreffenden Musiker beigelegt worden waren.

Am Mittwoch, den 5. d. M., wurden dort unseren Kollegen je eine Mark abgezogen mit der unrichtigen Motivierung, sie hätten am Tage vorher je eine Mark zuviel erhalten. In einer aus diesem Anlaß mit Herrn Breuer gefolgten Verhandlung trat offen zutage, daß hier die Musiker deswegen gestraft werden sollen, weil der Leiter der Kapelle einen anderen Wert, einen Freund Breuers, wegen schwerer Beleidigung verklagt hat. Inzwischen hat nun Herr Breuer von dem Leiter der Kapelle direkt verlangt, er solle die Klage zurücknehmen. Da dieser ohne Revolverung seines Beleidigers sich darauf nicht einlassen wollte, wurde ihm gefündigt, obwohl die Klage mit der Beschäftigung bei Breuer nicht das allgeringste zu tun hat!

Hoffentlich erkennen die Musiker das in einer solchen Beschäftigung für den Stand liegende Verächtliche und lehnen es ab, sich an Tätigen dieser Praktiken zur Verfügung zu stellen.

Zentralverband der Musiker Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Keine neue Aussperrung im rheinisch-westfälischen Malergewerbe?

Die Geschäftskasse des Unternehmerverbandes in Varnem dementiert die Mitteilung, die auch in der bürgerlichen Presse enthalten war, daß die Unternehmer in Rheinland-Westfalen eine neue Aussperrung beabsichtigten. Sie läßt erklären, daß die Unternehmer, um ein friedliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern herzustellen, mit den Arbeitern einen Tarif abschließen wollen, der, auf dem alten Tarif aufbauend, eine der historischen Entwicklung folgende Vohrachsung und außerdem für die großen Städte eine halbständige Arbeitszeitverkürzung vorsieht. Die durch den Schiedsspruch festgesetzten Löhne seien derartig hoch, daß das Gewerbe bei der gegenwärtigen wirtschaftlich schlechten Lage unmöglich zahlen könne. Gleichzeitig möchte aber verlangt werden, daß die Meister die Herrschaft im Betriebe behalten, die ihnen nach dem von sämtlichen 30 Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes mit 11% Millionen Mark Lohnsumme abgelehnten Reichstaxif für Stück entrichten werden soll. — Weiter sagt die Zeitschrift des Unternehmerverbandes:

„Die Arbeitgeber vertreten sich z. B. dagegen, daß die Agitatoren der Gewerkschaften auf den Arbeitsplätzen ungehindert Propaganda machen. Von den Agitatoren der Gewerkschaften wird natürlich diese Verdrängung aufs äußerste verteidigt. Es steht jedoch zu erwarten, daß mit den einsichtigen Schülern, die der gewerkschaftlichen Kampfes überdrüssig, sich immer mehr zu nationalen Gehilfenverbänden zusammenschließen, demnächst Tarifverträge abgeschlossen werden, die nicht nur einen Waffenstillstand bedeuten, sondern das sind, was sie sein sollen, wirkliche Dokumente des Friedens zur Erzielung eines dauernden Einvernehmens zwischen beiden Kontrahenten.“

Wenn der Herr Syndikus des Unternehmerverbandes mit der Aussperrungsandrohung den Mund voller genommen hat, als jetzt den Unternehmern lieb ist, so mögen die Herren sich mit ihm auseinandersetzen, ihre schwarzmacherei Klären, die sie von jeder gezeigt haben, werden dadurch nicht verdrängt. Alles Drumherumreden nützt nichts. Sie sollen einfach die Entscheidungen der Unparteiischen anerkennen und zur Durchführung bringen, dann ist die Sache erledigt. Wenn das andere Unternehmen im Gewerbe und auch im selben Bezirk tun könnten, können sie es auch bei einigen guten Willen sicher auch. Der Anwurf wegen der Agitation auf den Arbeitsplätzen ist ebenso unrichtig wie die Hoffnung trügerisch, daß nationale Gehilfenverbände entstehen mögen, mit denen die Unternehmer dann wirkliche Friedensverträge schließen könnten. Durch beides soll jetzt nur die Öffentlichkeit über das tarifmäßige Verhalten der Unternehmer irre geführt werden.

Hirsch-Dunderische Geniestreiche. Die Silberschlägerei, einst ein blühendes Gewerbe, das seinen Hauptsitz in Jülich und Schwabach hat, ist so ziemlich auf den Hund gekommen. Daß es so kam und daß eine Verringerung der Verhältnisse hintertrieben wurde, ist das Verdienst der braven Hirsch-Dunderianer. Das Gewerbe ist in eine Menge von Kleinbetrieben zerfallen, die sich gegenseitig unterbieten, die ewige Preisdrückerei schraubte auch die Löhne herab. Um die Verhältnisse sowohl für die Meister als auch für die Arbeiter wieder zu heben, griff vor einigen Jahren der Deutsche Metallarbeiterverband ein; es gelang ihm, mit den Meistern und der Exportfirma Spiegelberger in Jülich einen Vertrag abzuschließen, durch den die Firma Spiegelberger das Exportmonopol erhielt; alles produzierte Blattsilber mußte an sie abgeliefert werden. Dadurch

Kleines feuilleton.

Die deflorierte Leiche. Vor kurzem wurde dem Bürgerbürger Brauereidirektor Kommerzienrat Heinrich Bod für seine Verdienste um den Flottenverein der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen. Der begnadete Kommerzienrat war aber damals bereits seit 2 Monaten eine Leiche.

Es haben sich nun leider Journalisten gefunden, die — über diese bürokratische Maßregel ironisierten. Wir möchten uns aber in diesem Falle nicht auf die Seite der Spötter stellen, sondern vielmehr den großen Ernst des Vorganges entzählen.

Wissen die Herren, die so unvorsichtig ihre Witze spielen lassen, denn gar nicht, daß die irdischen Unterschiede auch im Jenseits eine bedeutende Rolle spielen? Ist es ihnen völlig unbekannt, daß ein gewöhnlicher Christ, sei er auch noch so fromm gewesen, in der Ewigkeit bestenfalls selig werden kann? Daß aber ein Fürst, und habe er ein Luderleben geführt, regelmäßig hochselig wird? Der verdienstvolle Hofprediger Dr. Bauer hat unseres Wissens sogar hochselige Monarchen konstruiert.

Wenn die Dinge aber so liegen, wenn die irdischen Abstufungen zugleich die Grade der Seligkeit bestimmen, was ist eine überaus weise Maßregel, dem verstorbenen Kommerzienrat seinen Roten Adlerorden vierter Güte noch ins Jenseits nachzuwerfen. Er hat jetzt im Himmel einen gefählich begründeten Anspruch auf die Seligkeit der Deflorierten. Und mit derartigen Dingen soll man gewiß nicht leichtfertig umgehen.

Selbst aber, wenn man von den schweren Folgen in der Ewigkeit absehen wollte: ist es im heutigen Deutschland nicht von großer sozialer Bedeutung, daß man der Hinterbliebenen eines im Grade deflorierten Kommerzienrates ist?

Und darf man unter diesen Umständen der Familie eine Ehre rauben, die ihr rechtzeitig zugebracht war, nur daß sie nicht ganz rechtzeitig eintraf?

Auch wir bekämpfen die Bürokratie. Wo sie aber von ihrem Standpunkte aus ganz logisch handelt, ist sie unseres Schutzes fähig.

Münchener Theater. In den Kommerziellen kam das vielgenannte Lustspiel: „Das europäische Konzert“ zur Uraufführung. Dank geschickter Geheimniskammer des annehmen Autors erwartete Publikum allenthalben eine an das Strafgesetzbuch grenzende höchst aktuelle politische Satire. Herr Max Rosen, der sich in letzter Stunde als Dirigent des europäischen Konzerts entpuppte, kam mit ein paar lustigen Akten ganz privater Natur. Vier statt typisch gefärbte Vertreter verschiedener Nationalitäten treten zum biffonangereichen Quartettspiel an. Der Selbstgenussamerikanismus, das rasende Zerkümmern, der brutale Mehrwertpolitiker ohne Manier rumpelt zusammen mit dem blasierten englischen Pflöge. Dieser klischee-Engländer hält seinerseits dem Vertreter

Deutschlands, dem Prof. Dr. Hertogensid, Wäckerwurm im schiefstehenden Vratenrod, ein Menich mit Köllchen usw., ein Kolleg über die wahre Gentlemankultur. Noonen befragt das mit Humor und Gelächter, und nicht etwa im Otto-Ernt-Stil. Die Verbindungsbahn zwischen amerikanischem Jabbertum, englischem Fischblut und deutschem Gelehrtenbänkeln schlagen zwei Französinen. Eine wohl-erhaltene Mutter, die Tochter ein sogenanntes Kaffeeweißchen. Bevor es zur Verlobung kommt, müssen natürlich die beiden Damen auch die Vorzüge und Schwächen ihrer Karren auf und ausspielen. Französische Klasse und Temperament wird dabei ins sentimental Familienblattmäßige umgebogen. Noofens sonst unparteiisch gemachter Völkerverbinderbogen gefiel sehr.

Die Leimrute für Pflöge. In der Friedrichstraße, zwischen Kochstraße und Vessellstraße, ist in einem kleinen Laden der Roman „Die Verwirrungen des Zöglings Tölele“ von Müll ausgestellt, ein sehr tiefgehendes psychologisches Werk, das die Auseinandersetzung eines jungen Menschen mit dem Erkenntnisproblem und mit der Realität des Lebens schildert. Das Buch, das dem verarmten Wiener Verlag entstammt, ist in der Ausgabe mit der Eifelle versehen: „Ein ausgezeichnete Roman für reife Männer, der das Problem der Homosexualität behandelt.“ Das ist eine glatte Lüge. Das Sexualproblem in der bekannten Internatsform, spielt in das Werk hinein, aber es hat nur eine nebensächliche Bedeutung im Gange der Dichtung und von Homosexualität läßt sich gar nicht reden.

Natürlich ist diese Eifelle ein Köder, wie er auch oft von Zeitungsdarstellern (Marle „Wahrheit“) auf der Friedrichstraße ausgeworfen wird. Ich lauschte mir das Buch und machte gleichzeitig den Dändler darauf aufmerksam, daß er einem ernstlichen Werke einen süßen und falschen Geruch anhängte. Da erklärte mir der Mann: er habe ganze Stöße des Buches liegen gehabt, aber niemand habe es gekauft. Seit er's aber unter der Spitzmarke „homosexuell“ im Fenster habe, liege das Publikum darauf.

Das ist bescheidend! Der Mann lennt sein Publikum. Was kann nur den Dichter Müll bedauern, dessen Werk auf diese Weise in Gott weit wie viele unlaubere Hände kommt.

Das Wendendorf bei Hasenfelde. Das Märkische Museum konnte seine diesjährigen Ausgrabungen mit einem recht erfreulichen Erfolge beschließen. Dem Prähistoriker Dr. Niesebusch ist es gelungen, in Hasenfelde bei Fürstentum die Spuren eines ganzen Dorfes aus der früheren Wendzeit aufzudecken. Mehr Häuser sind bereits vollständig unterhöhlt worden. Aus der Frühzeit der wendischen Periode (etwa 7.—9. Jahrhundert n. Chr.) war bis jetzt überhaupt noch kein Dorf bekannt. Die einzelnen Häuser lagen auf zwei langgestreckten hügeligen Erhebungen rings um eine von drei kleineren Wäldern ausgefüllte Niederung herum. Fast genau in der Mitte des Dorfes, in der Senke zwischen den drei Wasserlöchern waren auf dem Rücken einer ganz niedrigen Bodenwelle große Mengen von Brand, Tierknochen und Gefäßresten

zu beobachten. Die eingehende Untersuchung dieser Stelle im nächsten Jahre muß erst lehren, ob es sich um den sakralen (Religion)zweck dienenden Mittelpunkt der Siedlung oder um eine von allen Dorfbewohnern zu profanen Zwecken gemeinsam benutzte Anlage handelt. Das Dorf ist ein Rundling im besten Sinne des Wortes. Die Art der Anlage ergibt sich naturgemäß aus dem geologischen Aufbau des Geländes und aus der notwendigem bequemeren Wasserberührung. Die Frage, ob Runddörfer wendischen oder germanischen Ursprungs sind, ist damit keineswegs entschieden, aber die wissenschaftlichen Erörterungen über diese Frage sind durch die Entdeckung eines so alten Rundlings auf eine ganz andere Basis gestellt worden.

Das Wendendorf bei Hasenfelde liegt zwischen zwei Gräben, die sich in der Nähe des heutigen Dorfes vereinigen. Etwa eine halbe Stunde abwärts erhebt sich an dem vereinigten Laufe der wendischen Burgwall von Ahrendorf und wieder eine halbe Stunde entfernt ragt auf Wimersdorfer Gebiet ein zweiter wendischer Burgwall aus dem Sumpfe hervor. Die gut erhaltenen Spuren der Wallmauer dieses letzten Burgwalls wurden ebenfalls freigelegt.

Notizen.

Hoffmanns Entwürfe fürs Opernhaus sollen nach ihrer Fertigstellung — wie man hört — den Landtagsabgeordneten vorgelegt werden. Nach einer anderen Quelle sollen sie zuvor öffentlich ausgestellt werden. Jedenfalls ist es nötig, daß die Öffentlichkeit die Pläne gründlich prüft, ehe sie gutgeheißen werden. Denn die Zustimmung von S. M. bedeutet ja für andere Leute, auch wenn sie zufällig mal einem Lüchtligen zu teil wird, noch keine Erledigung des Falles.

Die internationale Konferenz für Weltnaturgeschichte, die von der Schweiz angeregt wurde, begann am Montag in Bern ihre Arbeiten.

Der unruhige Kobaltpreis. Einer der Zeugen, die das Testament Alfred Kobels unterzeichnet haben, Direktor Leonard Hwah in Aresfeld erklärte: Die Kobaltpreise seien nach Kobels Willen nicht abschließlich Ehrenpreise. Kobel verfolgte das praktische Ziel, daß der Preisnehmer durch die ihm zuerteilte Geldprämie in den Stand gesetzt werden solle, in höherem Grade als es sonst der Fall sein könnte, seine Ideen zur Ausführung zu bringen und, von allen Nahrungsvorgängen befreit, seine begonnenen Arbeiten fortzusetzen. Deshalb sei es der Wunsch Kobels entgegen, wenn die Kobaltpreise alten Männern oder solchen, die schon reich seien, erteilt würden.

Amundsen hat also gesprochen, er hat sogar dänisch gesprochen in Alensburg, und immer ist Nordschleswig, dessen Bewohner den kühnen Entdecker in ihrer Muttersprache hören konnten, noch deutsch. Entschuldig zu melden: nicht einmal ein Zwischenfall trat ein. Wer wird da noch in Zukunft den alldeutschen Völkernäulern und Hebern glauben, wenn sie wieder schreien: das Vaterland ist in Gefahr.

wurde sie in den Stand gesetzt, den Weltmarktpreis zu diktieren, so daß auch den Arbeitern und Meistern anständige und stabile Löhne geboten werden konnten. Nur zwei Meister, Jakob in Püsch und Schläpfer in Schwabach, schlossen sich dem Vertrag nicht an. Dabei leisteten ihnen leider auch eine Anzahl Arbeiter Hilfe durch Aufnahme der Arbeit; sie wurden aus dem Deutschen Metallarbeiterverbande ausgeschlossen, aber die Hirsche gaben ihnen freudigst Unterstützung. Die Hirsche schlossen mit den beiden außerhalb des Vertrages stehenden Betrieben einen „Vertrag“ ab und posamenten die Welt voll über ihre große Schlauheit und die Dummheit des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Um der Monopolfirma Konkurrenz zu bieten, ging die Preisbrüdererei wieder los, die schließlich führte, daß die in den Vertragsbetrieben beschäftigten Arbeiter teils zeitweilig ganz aussetzen, teils verkürzt arbeiten mußten, während die Hirsche bei Jakob u. Schläpfer zehn und mehr Stunden täglich schufteten durften. Zuletzt sah sich die Firma Spiegelberger genötigt, den Monopolvertrag aufzuheben. Nun zeigte sich erst recht der richtige „Erfolg“, den die Hirsche mit ihren Quertreibern und ihrem schönen Vertrag errungen hatten. Die Preise für Plattsilber sanken auf dem Weltmarkt sofort beträchtlich und damit auch die Löhne. Die Hirsche mußten sich trotz ihres Vertrages Abzüge gefallen lassen. Bei Jakob in Püsch wollten sie eine angekündigte Lohnkürzung abwehren, waren aber, als nach einigen Wochen der Betrieb wieder geöffnet wurde, sehr froh, daß sie zu herabgesetzten Löhnen wieder arbeiten durften. Während des Streiks machten ihre Mitbrüder bei Schläpfer in Schwabach Überstunden über Überstunden, um das Silber hervorzubringen, das nach Püsch geliefert wurde, damit, so heißt es, die dort streikenden Hirsche niedrigergerungen werden konnten. Raum war dies gegeben, so ging es auch in Schwabach los; Schläpfer erklärte seinen Arbeitern: entweder billiger arbeiten oder ganz aufhören! Und die guten Hirsche klappten zusammen und arbeiten jetzt um mehrere Pfennige pro Buch Plattsilber billiger. Ihren schönen Vertrag können sie sich jetzt einrahmen lassen, wenn sie ihn nicht zu einem anderen sehr nützlichen Zwecke verwenden wollen.

## Frauenkonferenz.

Dem in unserem Monatsblatt veröffentlichten kurzen Bericht über die Konferenz der agitatorisch tätigen Parteigenossinnen Berlin lassen wir die nachstehenden Ergänzungen folgen:

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

### „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geburtenrückgangs“

referierte Luise Jiech. Sie legte zunächst dar: Die Bevölkerungsbewegung, d. h. die Geburtenziffer und die Ziffer der Sterblichkeit der Bevölkerung, ist seit je von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung für die menschliche Gesellschaft gewesen. Jedoch hat es nie ein immer und allgemein gültiges Bevölkerungsgegesetz gegeben. Im Gegenteil. Wenn wir die Geschichte der Menschheit durchgehen, finden wir nicht nur während der verschiedenen Phasen der Entwicklung, sondern auch innerhalb der einzelnen Phasen in verschiedenen Ländern und Bevölkerungsstadien verschiedene gültige Bevölkerungsgeetze. Außer den natürlichen Verhältnissen, wie Fruchtbarkeit des Bodens, Wasserverhältnisse und Klima, sind es vor allem die Entwicklung der Technik, der Ökonomie und der Sitten, die hemmend oder fördernd auf die Volksvermehrung wirken. Die Rednerin belegte dies durch einzelne Beispiele und kennzeichnete dann die reaktionäre Tendenz des Malthusianismus und kam dann zu einer Erörterung der gegenwärtig in unseren Parteikreisen betriebenen Propagierung des sogenannten Geburtenrückgangs, die sie als ein Zurückgreifen auf die längst überlebten Ideen des Malthus bezeichnete, der das Elend der Arbeiterklasse auf ihre starke Vermehrung zurückführte. — Der „Geburtenrückgang“ sei eine revolutionäre Waffe des Proletariats, denn er habe zur Folge, daß dem Staat keine Soldaten und dem Kapitalismus keine Arbeiter geliefert werden. So predigen Moses und die um Bernstein den Arbeiterinnen. Aber das ist falsch. Sollte ein Mangel an deutschen Arbeitern eintreten, so holt sich der Kapitalismus Arbeiter aus dem Ausland, an die wir mit unserer Agitation aus verschiedenen Gründen nicht herankommen. Diese fremden Arbeiter bräuen das Kulturniveau der einheimischen Arbeiter und sind ein Gewinn für unsere Bewegung. Dem etwaigen Mangel an Rekruten würde der Militarismus dadurch begegnen, daß die Anforderungen an die Tauglichkeit der Mannschaften herabgesetzt, daß mehr Rekruten aus Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen herangezogen werden, daß die Dienstzeit verlängert wird und, wie das Beispiel Frankreichs lehrt, Rekruten aus den Kolonien eingeführt werden. Das würde eine Zusammenziehung des Heeres ergeben, wodurch es noch mehr als jetzt zu einem Instrument der Herrschenden wird. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die bewußte Geburtenrückführung eine Waffe gegen den Kapitalismus und Militarismus sei. In volkswirtschaftlicher Hinsicht kann der Geburtenrückgang sogar zu einer Gefahr werden, besonders, wenn die Arbeiterschaft in seiner Bewertung so irreführend wird, daß sie in der großen Kinderzahl die Quelle von Not und Elend erblickt, anstatt die Ursache ihres Elends im Kapitalismus zu suchen. — Damit soll nicht gesagt sein, daß es dem einzelnen verwehrt ist, aus persönlichen Gründen die Zahl der Geburten zu beschränken. Aber es ist zu bedenken: Mit dem Geburtenrückgang ist es so, wie mit dem Sparen. Dem einzelnen kann es viel nützen, wenn er, selbst unter zeitweiliger Entbehrung des Nötigsten einen Notroggen zurücklegt. Würden das aber alle Arbeiter tun, so würde dadurch ihre Massenlage nicht verbessert, sondern verschlechtert werden, denn durch die allgemeine Einschränkung des Konsums würde ein wirtschaftlicher Rückgang und in vielen Branchen große Arbeitslosigkeit eintreten. — Doch, die Geburtenrückführung ist nicht allgemein zu verdammen, da ja ein Geburtenrückgang noch keineswegs ein Bevölkerungsrückgang zu sein braucht. Neben dem Geburtenrückgang haben wir eine ungeheure Säuglingssterblichkeit und eine große Sterblichkeit der Kinder, die das Säuglingsalter überschritten haben. Es ist gewiß ein ungeheurer Mißbrauch der Frauenkraft, wenn in manchen Familien 10, 12 und mehr Kinder geboren werden, von denen nur 2 bis 3 am Leben bleiben. Kraft, Gesundheit und Lebensmut hat solche zum Gebärapparat herabgedrückte Frau drangegeben, große finanzielle Opfer sind bei der Geburt und beim Begräbnis völlig nutzlos gebracht. Sie hätten besser für den Lebensunterhalt der Familie verbraucht werden können. Zeit, Kraft und Energie der Frau, die nutzlos für Schwangerschaft und Geburt von Todesurteilen verbraucht wurden, könnten ungemein segensreich wirken, wenn sie verwendet würden, um die Frau geistig weiterzubilden und fähig zu machen, die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu verstehen, damit sie sich neben dem Mann am Kampfe beteiligen und ihre Kinder im Sinne des Sozialismus erziehen kann. So geschult, würden die Frauen, die heute vielleicht in Mutterkammer untergehen, mit uns kämpfen für Mutter- und Säuglingschutz, für Kinder- und Arbeiterinnenchutz. — Es ist sicher, daß die Möglichkeit, die Frauen für unsere Bewegung zu gewinnen, größer ist, wenn ihre Kinderzahl nicht so groß ist. Diese Möglichkeit wird jedoch sehr stark eingeschränkt, wenn das Denken und Wollen der Arbeiterinnen in eine ganz falsche Bahn gelenkt wird, wie es von Moses und Bernstein geschieht, indem sie predigen: Die große Kinderzahl sei die Ursache von Not und Elend und die Einschränkung der Geburten sei eine revolutionäre Waffe im Klassenkampf. Diese Art der Agitation und Argumentation von Moses und Bernstein halte ich für ein Verbrechen an unserer Parteibewegung. In Euch, Genossinnen, ist es, daß Ihr Euch dagegen wendet. — Die gewollte Geburtenrückführung in Arbeiterkreisen ist eine Parallelerscheinung des Aufstiegs der Arbeiterklasse. Es ist das Sehnen der Arbeiter, teilzunehmen an der allgemeinen Kultur. Die Frauen wollen nicht mehr nur Arbeiterinnen, Gebärapparat und Kulturträger sein, sondern sie wollen an unserer Kulturentwicklung mitarbeiten. Das ist freudig zu begrüßen. Dies Sehnen und Drängen in die richtige Bahn, in den großen Strom der Arbeiterbewegung zu lenken, ist unsere Aufgabe. Wir müssen den

Frauen sagen, daß die freiwillige Geburtenrückführung eine Privatsache jedes einzelnen ist, daß aber durch die Gesamtlage der Arbeiterklasse nicht gehoben wird und daß die Geburtenrückführung kein revolutionäres Kampfmittel ist. Sorgen wir dafür, daß die Frauen über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens aufgeklärt und mit sozialistischem Geist, nicht mit Malthusianischem Moralanschauungen erfüllt werden. Wenn wir so arbeiten, dann wird die durch den Geburtenrückgang freigeordnete Kraft der Frau zu revolutionärer Energie im Kampfe für die Verwirklichung des Sozialismus werden. (Lebhafter Beifall.)

Während des Vortrages wurden oft Zwischenrufe und lebhaftes Kundgebungen, teils zustimmende, teils widersprechende laut. Auch die Diskussion war sehr lebhaft und ergreifend. Wenn auch der Referent in einzelnen Punkten widersprochen wurde, so stimmten doch alle Rednerinnen mit der Referentin darin überein, daß die Geburtenrückführung nicht als Waffe im Bekämpfungskampf der Arbeiterklasse angesehen werden kann. Das sei auch — sagte Genossin Guldner — von Moses und Bernstein gar nicht betont worden, sondern unsere Genossinnen hätten das erst in der Gegenagitation hervorgehoben. — Der Geburtenrückgang — sagte Genossin Bohm-Schuch — mache sich aus wirtschaftlichen Gründen schon seit vielen Jahren bemerkbar, ehe die Agitation von Moses und Bernstein einsetzte. Nicht gegen diese Genossen, sondern gegen die Ursachen der Geburtenrückführung, vor allem gegen die jungerliche Politik der Lebensmittelerzeugung sollten wir vorgehen. Daß Moses und Bernstein als letzte Mittel zur Geburtenrückführung angaben, sei zu begrüßen. Ohne die Verarmung in der „Neuen Welt“ wäre diese Diskussion gar nicht entstanden. — Genossin Dunder betonte, daß scharf zu unterscheiden sei, ob die Geburtenrückführung als ein wirtschaftliches Hilfsmittel des einzelnen oder als politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse empföhlen werde. Die Geburtenrückführung ist eine Privatsache jedes einzelnen. Wenn sie als politisches Kampfmittel propagiert und von der Arbeiterklasse verlangt werde, daß sie dies Mittel allgemein anwende, dann müssen wir dem energisch entgegenstellen, denn die logische Konsequenz der allgemeinen Anwendung der Geburtenrückführung wäre gleichbedeutend mit dem Selbstmord der Arbeiterklasse. — Genossin Düweli ist mit den Ausführungen der Genossin Dunder vollkommen einverstanden und hält die Parteikritik gegen den aus wirtschaftlichen Gründen unaufhaltbaren, volkswirtschaftlich gar nicht bedenklichen Rückgang der Geburten für unnötig. — Genossin Barm wies aus der Broschüre Bernsteins nach, daß er tatsächlich die Geburtenrückführung als revolutionäre Waffe propagiert habe. Auch Moses habe das anfangs getan. Erst als er auf Widerstand stieß, habe er gemeint, er brauche dies Argument nicht mehr zu benutzen, er könne auch ohnedem sagen, was er sagen wolle. Die Gegenagitation sei notwendig gewesen. — Genossin Ernst wies die Annahme zurück, daß durch die Verarmung in der „Neuen Welt“ Vermittlung in die Massen getragen sei. Eine Verarmung wäre nicht veranlaßt worden, wenn nicht mehrere Genossen die Geburtenrückführung als revolutionäre Waffe bezeichnet hätten. Dieser Unfug mußte zurückgewiesen werden. — Diese Ansicht vertrat auch Genossin Jiech im Schlusssatz, wo sie im übrigen nochmals ihren Standpunkt unter lebhaftem Beifall präzisierete.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete:

### Die Gewinnung der weiblichen Jugend.

Die Referentin Kathilde Barm wies hin auf die von der Regierung unterstützte Agitation der bürgerlichen Parteien gegen die proletarische Jugendbewegung. Diese Agitation erfährt sich neuerdings auch auf die weibliche Jugend. Die Angst vor der Sozialdemokratie ist es, was die bürgerlichen Kreise veranlaßt, sich auf ihre Weise der schulenlosen Jugend anzunehmen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie steht im Mittelpunkt der ganzen bürgerlichen Jugendfürsorge. In es bleibt kein Mittel unversucht, um die Jugend des Proletariats gegen die eigenen Eltern zu beeinflussen. Den nationalen und konfessionellen Jugendvereinen steht nicht nur das Geld des staatlichen Jugendfonds zur Verfügung, sondern auch die Schule, die Gewerbevereine, die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, besonders auch der Lehrmeister und Arbeitgeber der jungen Leute. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir das Interesse unserer Kreise an der proletarischen Jugendbewegung, namentlich das Interesse der Mütter an ihren Töchtern stärker in Anspruch nehmen als es bis jetzt der Fall ist. Von den Tausenden von Kindern, die alljährlich in Berlin die Schule verlassen und sicher zu 90 Proz. Arbeiterkinder sind, ist erst ein sehr kleiner Teil für unsere Jugendbewegung gewonnen. Es gibt noch eine große Zahl von sozialdemokratischen Eltern schulenloser Kinder, denen die „Arbeiterjugend“ nicht ins Haus kommt. Wir haben zu fordern: Die „Arbeiterjugend“ gehört ins Arbeiterhaus ebenso wie der „Vorwärts“. Eine rege Agitation für den Vertrieb der „Arbeiterjugend“ muß einsetzen. Als ein weiteres Mittel im Kampf gegen die Schulbibliothek und für die Jugendbewegung ist die Benutzung unserer Jugendbibliotheken zu empfehlen, von denen wir zurzeit fünf haben. Auch von den Ausleihbibliotheken, wo man gegen Hinterlegung des billigen Preises Bücher geliehen bekommt, ist Gebrauch zu machen. Es ist Pflicht der Eltern, sich darum zu kümmern, was ihre Kinder lesen, und dafür zu sorgen, daß sie keine schlechten Bücher in die Hände bekommen. Aber damit ist es nicht genug. Wir wollen auch, daß die jungen Leute zum Besuch der Arbeiterjugend heimlich angehalten werden. Sie werden von Mädchen zu wenig besucht. Viele Eltern glauben noch, daß zwanglose Zusammenkünfte der männlichen und weiblichen Jugend keine schlimme Folgen haben. Diesem Vorurteil müssen wir entgegenstellen. Daß dies Vorurteil unbegründet ist, davon haben sich alle die Eltern überzeugen können, die unsere Jugendheim besucht haben. Die gemeinsame Erziehung der beide Geschlechter ist nicht eine Forderung unseres Programms, sondern aller einschlägigen Pädagogen. Wir haben übrigens besondere Mädchenabende in den Jugendheimen und außerhalb derselben eingerichtet. Wir wünschen, daß alle Genossinnen und Mütter an dem Ausbau dieser Einrichtung mitwirken. Zur Ausgestaltung der Jugendheimen bedürfen wir des Beistandes und der Mitarbeit aller organisierten Genossen. An den Veranstaltungen unserer Jugendbewegung: Vorträge, Ausflüge, beteiligen sich die Mädchen viel zu wenig. Das liegt nicht nur an mangelndem Interesse, sondern auch an der Befassung der Mädchen mit häuslichen Arbeiten, von denen sich die männliche Jugend fernhält. Auch hier gilt es, mit einem Vorurteil zu brechen. Die Arbeit muß gleichgewertet werden. Die Brüder müssen die Schwestern unterstützen, damit diese mehr freie Zeit bekommen, um an ihrer geistigen Fortbildung zu arbeiten. Wir dürfen die gegnerische Jugendbewegung nicht unterschätzen. Sie wächst. Unsere Aufgabe ist es, dieser Gefahr zu begegnen. — Wollen Sie Ihre Töchter dem Sozialismus gewinnen, dann lehren Sie sie, daß nur Gemeinsamkeit im Wollen und Handeln zum Ziele führt. Unterstützen Sie unsere Jugendbewegung, damit die Jugend neben ihrer wohlorganisierten Selbsthilfe auf die Mithilfe der Erwachsenen rechnen kann. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion, an der sich Genossin Keimann sowie die Genossinnen Bohm-Schuch, Jiech und Bauermeister beteiligten, kam volles Einverständnis mit den Forderungen der Referentin zum Ausdruck. Genossin Jiech empfahl ein Zusammenarbeiten der Kinderkommission mit der Jugendbewegung in der Weise, daß die Kinder, mit denen die Schulkommission in Beziehung kommt, nach dem Austritt aus der Schule der Jugendbewegung zugeführt werden.

Eine von der Referentin empfohlene Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Die am 10. November 1913 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Bezirkskonferenz der Frauen von Groß-Berlin erklärt es als eine dringende Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse, die weibliche Jugend der freien Jugendbewegung zuzuführen, damit die künftigen Mütter des Proletariats auch die Kostenbewußten Gefährtinnen ihrer Männer, die Kostenbewußten Erzieherinnen ihrer Kinder werden.“

Wie schon seit langer Zeit die Kirche, so sucht jetzt auch der Staat auf die jungen Proletarierinnen Einfluß zu gewinnen, um

sie ihrer Klasse zu entfremden, so, wie die Feindinnen gegen diese zu erziehen. Dazu sollen neuerdings auch die Pflichterziehungsschulen helfen, welche seit 1. April 1913 durch Gemeindefestsetzung hier in Berlin für Mädchen errichtet worden sind.

Je mehr die herrschenden Klassen sich bemühen, alle Mittel des Klassenstaates, zu denen vor allen anderen die Schule gehört, zur Verfolgung ihrer arbeitserzieherischen Zwecke auszunutzen, um so mehr ist es auch hier Aufgabe der aufgelösten Arbeiterklasse, den jungen Arbeiterinnen und ihren Müttern zu zeigen, wie wenig die heutige Schule den berechtigten Ansprüchen der gesamten Arbeiterjugend auf Wissen und Fortbildung entspricht.

Aber auch alle die anderen Maßnahmen des Staats und der Gemeinde zur körperlichen und geistigen Entwicklung der weiblichen Jugend sind ungenügend.

Deshalb empfehlen wir:

1. Eifrigere Verbreitung der „Arbeiterjugend“ als bestes Kampfmittel gegen die Schulbibliothek.
2. Anregung der Jugendbibliothek, auch durch ihre Mütter, die vorhandenen Jugendbibliotheken so viel wie möglich zu benutzen.
3. Erhöhte Teilnahme der weiblichen Jugend an den gemeinsamen Veranstaltungen der freien Jugendbewegung.
4. Regere Besuch der Arbeiterjugendheimen.
5. Eine umfassende freiwillige Mitarbeit der Genossinnen von Groß-Berlin innerhalb der proletarischen Jugendbewegung.

Die Frage:

### „Wie gewinnen wir die unverheiratete Arbeiterin?“

erörterte Martha Arendsee in einem dritten Referat. Sie sagte unter anderem: Reizend sind es nur die Frauen unserer Genossen, die der Parteioffensive angehören. Die große Zahl der Industriearbeiterinnen fehlt uns noch. Ich glaube, wir haben etwas gefunden, indem sich unsere Frauenagitation so sehr an die Frauen in ihrer Eigenschaft als Hausfrauen und Mütter gewandt hat. Wir müssen uns auch an ihre Eigenschaft als Arbeiterinnen wenden, um so mehr, als die Zahl der erwerbstätigen Frauen immer größer wird. Selbst in Industriezweigen, deren Arbeit früher nur von Männern verrichtet wurde, hat die Frauenarbeit Eingang gefunden und nimmt mehr und mehr zu. Frauen und Töchter unserer Parteigenossen sind es, die im Erwerbsleben stehen, aber die Genossen zeigen meist wenig oder gar kein Interesse, ihre weiblichen Angehörigen der Agitation zuzuführen. Sie wenden oft ein, die Berufsarbeit ihrer Töchter höre ja mit der Verheiratung auf. Demgegenüber müssen wir hervorheben, daß die weibliche Berufsarbeit keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern auch meist nach der Ehe noch fort dauert. Wenn der bezügliche Einwand gegen die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Organisation erhoben wird, so kann er doch nicht gegen die politische Organisation der Frauen geltend gemacht werden. Wenn wir die Arbeiterinnen gewinnen, so lange sie noch unverheiratet und im Beruf tätig ist, dann werden wir sie auch als Frau in der Organisation behalten. Wir haben die Lebensabende der Frauen und sind dabei, eine solche Einrichtung auch für Mädchen von 18 bis 21 Jahren zu schaffen. Darauf kann bei der Agitation hingewiesen werden. Um die Arbeiterinnen zu gewinnen, müssen wir in erster Linie die Wohnung an die Genossen richten, in den Fabriken und Werkstätten unsere Arbeiterinnenagitation zu unterstützen. Wer sich agitatorisch an seine männlichen Kollegen wendet, muß auch bei den Arbeiterinnen seines Berufs oder Betriebes agitieren. Darauf muß auch an den Zahl- und Lebensabenden hingewiesen werden. — Unser Agitationsmaterial wendet sich zu sehr an die Hausfrau und Mutter. Material für die Agitation unter den ledigen Arbeiterinnen fehlt uns. Wenn wir es hätten, könnten wir in Fabriken und Werkstätten besser agitieren. Ich schlage vor, daß wir vor den Fabriken geeignete Flugblätter verteilen und im Anschluß daran Besprechungen abhalten. Diese Agitation muß in Angriff genommen werden. Das ist ein schweres Stück Arbeit, aber wir wissen, daß es unsere Pflicht ist, auch das weibliche Proletariat unserer Parteioffensive zuzuführen. Tun Sie in diesem Sinne in Fabriken und Werkstätten Ihre Schuldigkeit. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion bemerkte Genossin Kathilde, wir mühten uns an die Mütter wenden, damit sie für Aufklärung und Organisation ihrer Töchter sorgen, auch mühten wir in der Agitation Hand in Hand mit den Gewerkschaften gehen. — Genossin Jiech entgegnete der Referentin, unser Agitationsmaterial wende sich nicht nur an die Hausfrauen und Mütter, sondern an die Proletarierinnen im allgemeinen. Aber wenn spezielles Material gewünscht werde, dann werde der Parteivorstand solches beschaffen. Die Forderungen der Referentin seien zu begrüßen. Eine in dieser Weise betriebene Agitation werde Erfolg haben.

Die nachstehende Resolution der Referentin wurde einstimmig angenommen:

„Aus der Erkenntnis, daß für den Kampf des Proletariats die Gewinnung der Arbeiterinnen unbedingt notwendig ist, fordert die Frauenkonferenz Groß-Berlins die Parteigenossen und -genossinnen auf, in Fabriken, Werkstätten und in der Familie mehr wie bisher in diesem Sinne tätig zu sein und alles daran zu setzen, die Arbeiterinnen den Parteioffensiven zuzuführen.“

Von den Parteioffensiven erwartet die Frauenkonferenz, daß sie geeignete Maßnahmen zur Propaganda unter den Arbeiterinnen trifft.“

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Ernst schloß die Verhandlungen mit anerkennenden Worten für die Arbeiten der Konferenz und einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

## Jugendbewegung.

### Patrioten gegen Patrioten.

Der jüngst von einigen bürgerlichen Idealisten auf dem Hohen Reichner bei Rassel abgehaltene „Freideutsche Jugendtag“ wird demnach ein gerichtsliches Rechtspiel haben. Da die „Freideutschen“ die von ihnen geleitete Jugendbewegung nicht ins Fahrwasser der militärischen „Erziehung“ lenken und sich nicht zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung mißbrauchen lassen wollen, haben sie sich den giftigen Haß mordspatriotischer Jugendbildner vom Schlage des bekannten Epädogogen Wilhelm Köhde, der „Hamburger Nachrichten“ und ähnlichen Organen der „nationalen“ Jugendpflege zugezogen. Im letztgenannten Blatt erschien nun im Anschluß an das Fest auf dem Hohen Reichner ein Artikel, der die „Freideutschen“ als verfallene Sozialdemokraten behandelt und vom „Vorwärts“, einer Hamburger Zeitschrift der Freideutschlandbewegung, behauptet, sie habe den Patriotismus als etwas im tiefsten Kern unmoralisches verworfen. Nebenbei wurde ein Redakteur des „Vorwärts“, Herr Heinrich Scharrelmann, als Sozialdemokrat bezeichnet. Das wollen sich die „Vorwärts“-Leute, an deren Spitze der temperamentvolle Abstinenzfahrer Dr. Hermann Popert, früherer Amtsdirektor in Hamburg, und Dr. Hans Paasche, Kapitänleutnant a. D., stehen, natürlich nicht gefallen lassen. Sie haben gegen die „Hamb. Nachr.“ Privatklage wegen verleumderlicher Beleidigung erhoben und wollen beweisen, daß keiner der gegen sie erhobenen Vorwürfe zutrifft. Herr Scharrelmann, der als Verfasser zahlreicher Jugendchriften weiteren Kreisen, auch der Arbeiterklasse, bekannt ist, hat bereits die Erklärung abgegeben, daß er mit der Sozialdemokratie nicht in Verbindung stehe. Die sonstigen Behauptungen sind, wie Dr. Popert im „Vorwärts“ nachweist, teils gefälscht, teils direkt erlogen. Die Fällungen sind in erster Reichsverbandsmatter verübt, es kann daher nicht Wunder nehmen, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sie zuerst in seiner Korrespondenz verbreitet hat.

Für uns Sozialdemokraten nicht überraschend, sonst aber durchaus charakteristisch für die Kampfesweise der Reichsverbandsleute ist die Forderung, die mit der Bemerkung über den Patriotismus vorgenommen ist. In einem Aufsatz des „Vorwärts“ war gesagt, die deutsche Jugend müsse sich abwenden von jenem billigen Patriotismus, dessen vaterländische Gesinnung sich erschöpft

in der Bekundung des Willens zu äußerer Machtfaktung und in der Verreichung der Nation durch politische Ber-  
hegung. Daran haben die Reichsverbändler gemacht, der Auf-  
wende sich gegen den Willen zur äußeren Machtfaktung.  
Da die Verhaftung zunächst gegen die „Hamburger Nachrichten“  
angeführt ist, wird dieser politische Prozeß, der neues Licht über  
die Methoden des Reichsverbänders zur Bekämpfung der Sozial-  
demokratie zu werfen verspricht, demnächst in Hamburg stattfinden.  
Ein Sühnetag, der am Freitag stattfand, ist ergebnislos  
verlaufen.

## Soziales.

### Wacht ganze Arbeit!

Der Entwurf eines Gesetzes über die Sonntagsruhe im  
Handelsgewerbe mit seinen ganz unzulänglichen Bestim-  
mungen hat nicht nur in den Kreisen der Handlungsgehilfen  
enttäuscht. In der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 1292) nimmt  
der Chef eines großen rheinischen Manufaktur- und Mode-  
warengeschäfts zu der Frage das Wort und nennt den Geset-  
z Entwurf eine halbe Sache. Er verlangt ein Gesetz, das  
entweder die völlige Sonntagsruhe vorschreibt oder  
doch eine für das ganze Reich einheitliche Regelung  
bringt. Wenn man den Verwaltungsbehörden die Befugnis  
gibt, weitere Stunden für den Verkauf freizugeben, so werde  
das Gesetz unwirksam. Die Gegner der völligen Sonntags-  
ruhe führt dieser Prinzipal wie folgt ab:

Gegen eine vollständige Sonntagsruhe wird von verschie-  
denen Seiten viel Propaganda gemacht; das war auch der Fall,  
als die heute bestehende Sonntagsruhe eingeführt wurde. Doch  
haben uns die Erfahrungen gezeigt, daß durch diese Ein-  
führung der Gesamtumsatz nicht gelitten hat. Einzelne Tage der Woche mit stillem Geschäftsverkehr haben  
sich durch Einführung der Sonntagsruhe belebt und würden sich  
noch weiter beleben, wenn die vollständige Sonntagsruhe einge-  
führt würde. Wenn nun Rücksicht auf die Landbevölkerung ge-  
nommen werden soll, so genügt meines Erachtens zwei Stunden  
Verkaufszeit vollständig. In diesen zwei Stunden wird derselbe  
Umsatz erzielt, wie früher in vier Stunden und den ganzen  
Tag. Diese zwei Stunden Verkaufszeit brauchen auch nur in  
den Saisonmonaten, ungefähr von Mitte Juni, dann  
wieder vom 1. Oktober bis 25. Dezember freigegeben werden.  
In den übrigen saisonlosen Monaten könnten die Ge-  
schäfte ohne jeden Schaden der Inhaber ge-  
schlossen bleiben. Andere Länder haben schon jahrzehnt-  
lang die vollständige Sonntagsruhe eingeführt, weshalb sollte das  
nicht auch in Deutschland möglich sein, um nicht allein den An-  
gestellten, sondern auch den Prinzipalen einen wohlverdienten  
Arbeitslohn zu gönnen.

Während des letzten Reichstagswahlkampfes haben alle  
bürgerlichen Parteien die Handlungsangestellten besonders um-  
worben. Nun können sie zeigen, ob ihre Wahlversprechungen  
mehr waren als Worte.

Und weshalb sollen Bureauangestellte, Techniker und  
andere Angestellte nicht auch Sonntagsruhe haben?

### Ueberspannte Postung.

Ein Kollisionsfall hatte gestern vor der 7. Kammer des Gewerbe-  
gerichts unter Vorsitz des Registrars Dr. Werth gegen die  
Firma B. u. C. auf Auszahlung einer Restkaution in Höhe von  
15 Mark.

Der Kläger hatte eine Fuder Leder abzufahren. Als er um  
8 Uhr abends zum Empfänger kam, war es zu spät zum Abladen.  
Der beladene Wagen mußte also während der Nacht auf dem Hofe  
unter freiem Himmel bleiben. Der Wagenplan reichte jedoch nicht  
aus, das Leder gegen Regen zu schützen, deshalb benutzte der  
Kaufherr kurzerhand eine Decke mit dazu, die er, entsprechend dem  
Zarif, im Winterhalbjahr zum Schutz gegen Kälte mitbekommt.

Er tat es, um seine Firma vor einem großen Schaden zu be-  
wahren, der entstanden wäre, wenn das Leder naß wurde, und auch,  
weil er damit rechnen mußte, daß ihm dieser Schaden aufgebürdet  
würde. Am nächsten Morgen war die Decke verschunden und die  
Firma hielt sich an dem eingeklagten Kautionsbetrage schadlos. Die  
Decke hatte nur 15 M. gekostet und war ca. 3 Jahre in Gebrauch.  
Der Kaufherr haftet tarifgemäß mit der Kaution für Abhanden-  
kommen der ihm übergebenen Decke. Obwohl der Käufer mit der  
Decke einen größeren Schaden abwenden wollte, der Tarif also für  
diesen Fall nicht anwendbar war, rief das Gericht dringend zu  
einem Vergleich. Ein solcher kam schließlich zustande; die Beklagte  
zahlte 4 M. an den Kläger.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Polizeihund im Friedrichshain.

Eine Rücksicht auf die Person des Angeklagten, lediglich nach  
Möglichkeit der zur Anlage gestellten Tat, soll ein Gericht urteilen.  
Doch ist ein Grundgesetz jeder objektiven Rechtsprechung oder sollte es  
wenigstens sein. Der Obertribunalrat Grolman erklärte in  
einem Urteil gegen Johann Jacobs von diesem Standpunkt aus:  
Je entfernter der eigene Standpunkt des Richters von dem  
des Angeklagten ist, desto mehr sollte er sich hüten, seine eigene  
politische Ansicht bei der Urteilsfindung mitsprechen zu lassen.  
Anders liegt die Praxis heute recht oft. Selbst in unpolitischen  
Dingen wird von der Polizei die vermeintliche politische Stellung  
des Angeklagten betont, und es finden sich Richter, die auf derlei  
nicht zur Sache gehörige Behauptungen ein Gewicht legen, ja selbst  
noch der politischen Stellung von Zeugen oder Sachverständigen  
inquirieren. Bei Gelegenheit der Reform der Strafprozeßordnung  
ist betont, daß ein Schutz hiergegen durch ein Verbot vonnöten sei,  
nach der politischen Stellung von Zeugen oder Sachverständigen zu  
forschen. Wie notwendig eine dahin gerichtete Vorschrift ist, zeigte  
eine Verhandlung, die sich gestern vor der Berufungsinstanz des  
Landgerichts I, Strafkammer 7, unter Vorsitz des Landgerichts-  
direktors Schnieker abspielte.

Es handelte sich um die Polizeihundaffäre, die sich am 10. Mai,  
abends gegen 10 Uhr im Friedrichshain abgespielt hatte. An-  
geklagt war der Lehrling Beder. Er hatte von der Polizei ein  
Strafmandat in Höhe von 4 M. erhalten, weil er sich der drei  
schweren Straftaten schuldig gemacht habe, durch Nistlingen ruhe-  
störenden Lärm zu erregen, an einem Auslauf teilgenommen und der  
Aufforderung eines Polizeibeamten, weiter zu gehen, nicht nach-  
gekommen zu sein. Das Jugendgericht hatte die ersten beiden An-  
schuldigungen fallen lassen, aber wegen des dritten Punktes auf  
eine Strafe von 10 M. erkannt.

Der Angeklagte stellte den Sachverhalt wie in erster Instanz  
dar. Die jungen Leute hätten den ihnen von der Parkverwaltung  
ausdrücklich zur Verfügung gestellten Spielplatz im Friedrichshain  
nach Beendigung ihrer Spiele unter Gesang verlassen und wurden  
dann, als sie am Rand des Hains, gegenüber der Verneuhöfener  
Straß, noch plaudernd beisammenstanden und sich gegenseitig  
beratschlagten, von einem in Begleitung eines Polizeibeamten  
ankommenden Schutzmann Reumann in schneidiger Weise zum  
Weilergchen aufgefordert. Sein Hebereiher wirkte ansehnlich auch  
auf den Hund, so daß dieser einen jungen Mann hiß und nachher  
auch den Lehrling Beder, der den Schutzmann um Angabe seiner  
Nummer bat, attackierte und überlieferte.

In der Verhandlung vor dem Landgericht stellte der Vorsitzende,  
Landgerichtsdirektor Schnieker mit dem Angeklagten ein Verhör

an, wie wenn die Friedrichshainspiele jener jungen Leute eine  
politische Angelegenheit seien. Vors.: Sie alle sind jugendliche  
Sozialdemokraten, Angehörige der sozialdemokratischen Partei?  
Angekl.: Da kommen allerhand hin. — Vors.: In den Akten steht  
aber etwas von der sozialdemokratischen Partei. Der Vorsitzende  
fragte auch, ob zwischen den Spielenden ein Zusammenhang, eine  
Art „Organisation“ bestünde. Der Angeklagte verneinte das. Als  
dieser erzählte, wie der Polizeihund den jungen Mann angefallen  
habe und dann er, Beder, die Nummer des Schutzmannes habe fest-  
stellen wollen, fragte der Vorsitzende: Wie kommen Sie denn als  
16jähriger junger Mensch dazu, die Nummer zu fordern? Angekl.:  
Der junge Mann konnte sich doch sonst nicht beschweren. Vors.:  
Da hatten Sie aber nicht nach der Nummer zu fragen. Da brauchen  
Sie doch bloß zur Polizei zu gehen und zu fragen, wie der Beamte  
heißt. Beder schilderte weiter, wie der Hund auch ihn gepackt habe,  
während der Schutzmann ihn, den Beder, festhielt. Zu Baders  
Behauptung, der Beamte habe den Hund sogar geheißt, sagte der  
Vorsitzende, das sei nicht wahr. Er erklärte, festgesetzt sei, daß der  
Schutzmann sich richtig benommen habe.

Nach der vom Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld be-  
antragten Verlesung des Aktes über die erheblichen Verletzungen,  
die Beder bei der Polizeihundattacke davongetragen hatte, kam es  
zu neuen Fragen. Das Akten war nur mit „Dr. Weil“ unter-  
zeichnet. Vors.: Ist Dr. Weil praktischer Arzt? Angekl.: Ja, wohl.  
Vors.: Ist es der Berliner Stadtverordnete? Vors.: Ich weiß nicht,  
was diese Frage soll. Vors.: Ja, abzüglich scheidet ich sie an, weil  
er zu dem hingegangen ist, den ich als Mitglied einer bestimmten  
Partei kenne. Vors.: Ich beanstande diese Frage, eventuell bean-  
trage ich Verichtsbeschluß darüber. Sie können den Eindruck er-  
wecken, daß die Parteizugehörigkeit des Arztes ausschlaggebend  
sei für die Beurteilung des Aktes. Vorsitzender und Staats-  
anwalt wendeten ein, es handle sich doch nur um eine einfache  
Feststellung. Vors.: Ich möchte nicht der Auffassung Raum geben,  
daß ein deutsches Gericht Wert lege auf die Feststellung, ob der  
Arzt ein sozialdemokratischer Stadtverordneter ist oder nicht. Das  
Gericht beschloß, die Frage sei zulässig und erheblich.

Darauf erklärte der Verteidiger: Nach der Strafprozeßordnung  
hat in diesem Stadium der Verhandlung der Angeklagte nicht mehr  
das Recht, den Gerichtshof wegen Befangenheit abzulehnen. Er  
würde es sonst noch sehr tun, weil er nicht das nötige Vertrauen zu  
der Objektivität des Gerichtes hat. Vors. (unterbrechend): Sie  
wollen einen Ablehnungsantrag stellen? (Zu den Zuhörern): Der  
Zuhörerraum ist zu räumen! Vors.: Nicht doch, ich stelle ja gar  
keinen Ablehnungsantrag. Aber der Angeklagte hat das Gefühl, daß  
er vor einem Gerichtshof steht, zu dessen Objektivität er kein Ver-  
trauen hat. Es hat sich auch gezeigt, daß der Vorsitzende schon ein  
bestimmtes Urteil hat. Denn er erklärte es vorher für schon fest-  
gestellt, daß der Beamte richtig gehandelt habe. Der Angeklagte  
nimmt daher seine Berufung zurück.

Hiermit war das Urteil rechtskräftig geworden und der Vor-  
sitzende schloß die Verhandlung.

Vielleicht wäre an Stelle der ja begreiflichen Zurückziehung  
der Berufung die Durchsicht einer Beweisaufnahme und eines  
Urteils ratsamer gewesen. Dann hätte sich herausgestellt, welche  
sachliche Bedeutung die Parteizugehörigkeit des Angeklagten und  
des Sachverständigen für die Beurteilung der Frage haben sollte, ob  
der Angeklagte befugt gewesen ist, die Feststellung der Nummer des  
Schutzmannes zu verlangen. Interessant wäre es auch gewesen, fest-  
zustellen, ob in der Tat das Gericht die weisfremde Ansicht teilte,  
die Persönlichkeit eines Schutzmannes ließe sich durch Nachfragen  
auf der Wache feststellen. Immerhin bietet auch so der Prozeß  
Material für die Gestaltung des Entwurfs eines Gesetzes über das  
Verfahren gegen Jugendliche.

### Die Gräfin als Angeklagte.

Eine Anklage gegen die Frau Schiffschiffier Elisabeth, Emile,  
Gräfin Fißler von Treuberg, geb. 1811 beschäftigte gestern die  
10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Land-  
gerichtsdirektors Brieskorn.

Die Angeklagte, die im Jahre 1871 in Offenbach als die  
Tochter eines armen Schneiders geboren ist, hat es bis zur Gräfin  
gebracht. Sie ist im Jahre 1892 in Frankfurt a. M. der sitten-  
polizeilichen Aufsicht unterstellt gewesen. Sie trat in Frankfurt  
am Main auffallend elegant auf, nahm am Hofe mit vierstän-  
digem Gefährt teil, besuchte die Zirkuslogen, machte Reisen nach  
München, Berlin, London und Monte Carlo usw. Im Jahre 1897  
wurde sie aus der sittenpolizeilichen Aufsicht entlassen und siedelte  
nach Hamburg über. Dort heiratete sie, nachdem sie von einem  
Liebhaber eine Abfindung von 20000 M. erhalten, einen Hotel-  
besitzer. Dieser ließ sich bald von ihr scheiden. Anfang 1911 be-  
traute sie in England den Oberleutnant von Str. a. D. Graf  
Grafin Fißler von Treuberg; sie hatte diesem für die Heirat  
25000 M. versprochen, später aber ihr Versprechen nicht gehalten.  
Die Gräfin hat sich ein umfassendes Wirkungsfeld in Berlin ge-  
sucht und sich von den Gesellschaften, die sie von Verehrern erhielt,  
insbesondere aber von den hohen Brodktionen, die sie für Vermitt-  
lung von Darlehen an „Kavaliers“ bezog, ernährt. Sie steht jetzt  
unter Anklage des wiederholten Betruges und des Wuchers. In  
einer umfangreichen Nachtragsanklage werden ihr noch 5 Fälle der  
Nötigung bezw. der versuchten Nötigung und der Verleumdung zur  
Last gelegt. Unter den Betrugsfällen befindet sich ein Fall des  
Heiratschwindels, wo einem Regierungsbaumeister eine Ehefrau  
mit mindestens 300000 M. verschafft werden sollte. — Auch mit  
den Geldgeschäften der Prinzessin Luise von Belgien  
stand die Angeklagte in Verbindung und betrieb für diese die  
Kreditbeschaffung in eigenhändlicher Weise. — Die Angeklagte hat,  
abgleich sie fortgesetzt Besuche von Gerichtsvollziehern zur Vor-  
nahme von Pfändungen erhielt, einen kolossalen Aufwand, nament-  
lich in Belgien und Schmalen getrieben, bezog ihre Kleider  
von Baquin in Paris, besaß Brillantohrringe im Werte von 10000  
Mark, mehrere Pelzmäntel, darunter einen Opossumpelzmantel,  
für viel Automobil, spielte in Monte Carlo eine große Rolle  
und gab dort große Summen aus.

Bei den Auhersfällen, die ihr zur Last gelegt werden, handelt  
es sich zumeist um Darlehensgeschäfte mit Offizieren, einem Le-  
gationssekretär, einem Fabrikbesitzer u. a. Die Anklage wird von  
Staatsanwaltschaftsprofessor Nusche vertreten, die Angeklagte wird von den  
Rechtsanwälten Dr. Rice, Behn und Justizrat Arthur Seloman  
verteidigt. Da viele Aktenstücke zu verlesen und zirka 60 Zeugen  
geladen sind, wird die Verhandlung etwa 10 Tage dauern.

### Beraubung von Güterwagen.

Am 25. Oktober berichteten wir über die vor der 1. Straf-  
kammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichts-  
direktors Bahr gegen 24 Eisenbahnangestellte verhandelte Straf-  
sache. 21 Angestellter in Friedrichshain stahlen Güterwagen beraubt  
haben. Nach langer Verhandlung wurde das Urteil gefällt.  
Das Gericht erkannte gegen Döhrwald auf 7 Monate, gegen  
Nerzig auf 1 Jahr 6 Monate, gegen Schwarz auf 9 Monate, gegen  
Behn auf 2 Monate, gegen Suchland auf 7 Monate, gegen Heute  
auf 1 Jahr, gegen Liebenow auf 6 Wochen, ebenso gegen Kalbe  
und Krause; gegen Lessi auf 1 Monat, gegen Schulz auf 3 Wochen,  
gegen Dam auf 1 Woche, gegen Thal, Sattler, Fröhlich, Gienapp  
und Runge auf Freipredigung; gegen Junz auf 7 Wochen, gegen  
Strauch auf 4 Monate Gefängnis; gegen Jastraw und Samter  
auf Freipredigung, gegen Carow 1 Jahr Jugendhaus. Den verur-  
teilten Angeklagten wurden 7 bis 9 Monate auf die Unterzuchtungs-  
haft in Anrechnung gebracht. Der größte Teil der in Haft befind-  
lichen Angeklagten wurden aus der Unterzuchtungsanstalt entlassen.

Den Angeklagten Thal und Fröhlich sollen auch die Kosten der  
Verteidigung aus der Staatskasse ersetzt werden.

### Vom Halle'schen Reineidbrennen.

Der Reineidklub „Nonone“, der seinerzeit unter Leitung des  
Arbeitswilligen Maurermeisters William Pfeiffer gegründet  
worden ist, beschäftigte am letzten Sonnabend wiederum das  
Halle'sche Schwurgericht. Angeklagt war der Flugapparatauer Friß  
Beder, der zugunsten Pfeiffers in einem Zivilprozeß für Entschädig-  
ung einen Reineid geleistet hat. Im Geschäftskontext zu betrogen,  
hatte erst Pfeiffer für Beder und nachher Beder für Pfeiffer ge-  
schworen. Man nannte solches Verfahren im Klub — „Nonone  
machen“. Im vorliegenden Falle verlangte ein Lieferant für den  
an Beder gelieferten Motor 6000 M.; Pf. und A. schlossen ein  
Schwingschiff ab, um den Lieferanten zu prellen. Pfeiffer, die  
solche Stütze des Unternehmertums und der Arbeitswilligen, wurde  
zur Verhandlung als Zuchthäuser, kurz geschoren und barlos, in  
„Uniform“ vorgeführt und gab nunmehr den mit Beder begangenen  
Schwindel zu. Die Folge davon war, daß Beder zu drei Jahren  
Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenhaft verurteilt wurde.

Inzwischen werden zur nächsten Schwurgerichtsperiode weitere  
Reineidprozesse des Pfeifferklubs vorbereitet. Es erfolgten  
vielerlei Verhaftungen. Auch der Bureauvorsteher zweier Rechts-  
anwälte in Halle, Kreuzberg, der bei Scheinverträgen usw. mit-  
gewirkt haben soll, wurde wegen Reineids in Haft genommen,  
später aber wieder freigelassen.

## Verfammlungen.

Eine gutbesuchte ordentliche Generalversammlung der Ver-  
waltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte  
am Sonntag in der Branerei Friedrichshain. Der gedruckte vor-  
liegende Jahresbericht enthält in Einnahme und Ausgabe folgende  
Zahlen: In der Hauptkasse wurden vereinnahmt inkl. eines Kassen-  
bestandes von 170 867,79 M., 866 926,54 M. Unter den Ausgabe-  
posten zu Lasten der Hauptkasse sind folgende Hauptposten ent-  
halten: An Unterstützung für Arbeitslose 368 353,66 M., für Kranke  
100 024,50 M., für Straßk 67 430,— M., für Kassenregelungen  
17 303,20 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 4430,— M.,  
Hinterbliebenenunterstützung 5480,— M., für Reisegeld 8880,98 M.,  
für Unterstützung beim Umzug 3068,90 M., an die Hauptkasse ein-  
geandt 108 368,10 M. Die Lokalkasse zeigt inkl. eines Kassen-  
bestandes am 1. Juli von 1540 632,58 M. eine Einnahme von  
1 772 865,38 M. Unter Ausgaben der Lokalkasse werden verzeichnet:  
Unterstützung bei Straßk 12 401,30 M., bei Kassenregelungen 5100,60  
Mark, in besonderen Notfällen 1857,— M. Der Kassenbestand der  
Lokalkasse betrug am 30. September dieses Jahres 1 561 731,52 M.  
Es waren zur Generalversammlung eine ganze Reihe von An-  
trägen gestellt, von denen aber nur wenige die Zustimmung der  
Generalversammlung fanden. Beschlossen wurde, einem Antrag  
der Jugendkommission entsprechend, daß ein Mitglied freigestellt  
werden soll zu dem ausschließlichen Zweck, die Arbeiten der Jugend-  
abteilung zu erledigen. Die Stelle wird angeschrieben, und wurde  
zum Zweck der Prüfung der einkaufenden Bewerbungen die im  
Ortsstatut vorgesehene Kommission sofort gewählt. Sodann wurde  
noch folgender Antrag angenommen:

Die Wahl der angestellten Bezirksleiter geschieht in fol-  
gender Weise: Nachdem ein entsprechender Antrag an die Orts-  
verwaltung gerichtet ist, wird die Frage der Anstellung von der  
Generalversammlung endgültig beschlossen.

Die Wahl erfolgt in gleicher Weise wie bei sonstigen An-  
gestellten, d. h. durch Ausschreibung und Prüfung der einkaufenden  
Bewerbungen durch eine Kommission von 15 Mitgliedern,  
wovon 12 die Generalversammlung und 3 die Ortsverwaltung  
wählt.

Die Vorschläge der Kommission werden den Vertrauens-  
männern des betreffenden Bezirks vorgelegt und diese treffen die  
endgültige Wahl.

Der angestellte Bezirksleiter hat alljährlich in einer Kon-  
ferenz der Funktionäre seines Bezirks Bericht zu erstatten. Die  
Konferenz hat das Recht, bei der Ortsverwaltung zu beantragen,  
daß der angestellte Bezirksleiter von seinem Posten entfernt wird  
und auf einen anderen Posten zu gehen ist. Auch können die  
Kollegen des Bezirks die Abänderung des betreffenden Bezirks-  
leiters bei der Ortsverwaltung beantragen.

Die Einladungen zu den Jahreskonferenzen sowie zu den  
Konferenzen, die die Wahl des angestellten Bezirksleiters vor-  
zunehmen haben, geschehen vom Bureau der Verwaltungs-  
stelle aus.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Wasser-Betriebsbureau

Wasserstand	am 16.11.	am 15.11.	Wasserstand	am 16.11.	am 15.11.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	270	+42	Saale, Großh.	74	+12
Bregel, Ansbach	154	+12	Havel, Spandau	88	+4
Weißel, Hohn	180	+8	„Rathenow	18	+5
Oder, Rastorf	218	+56	„Spreemburg	82	+6
„Kroffen	147	+6	„Beeskow	90	0
„Frankfurt	146	0	„Biederitz	261	+71
„Wartbe, Schrimm	—	—	„Witten	225	+20
„Landsberg	34	+4	„Klein, Ragimiliansau	529	0
„Rehe, Borsamm	8	+5	„Raub	329	+20
„Elbe, Zeitmarsh	-46	-1	„Rähn	476	+70
„Dresden	-163	+1	„Redar, Heildrom	167	+20
„Borbj	56	0	„Rain, Qunau	164	+7
„Magdeburg	52	+9	„Rajel, Crier	412	+8

+) + bedeutet Buss, — Fall. — \*) Unterregel. — \*) höchster  
Wasserstand: 502 cm am 15. um 5 Uhr nachmittags.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Zinckenstraße 69, vom vier Treppen  
— Postfach 1 —, montags bis 4 Uhr abends, dienstags, Donnerstags,  
von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag  
wird nicht erstellt. Anfragen, denen keine Annoncenbenutzung beigelegt ist,  
werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde aus.

N. 100. Eine Pflicht hierzu besteht nicht, andererseits besteht auch  
kein Grund, die Fragen nicht zu beantworten.

G. 2. N. 14. Auf Empfehlung privater Firmen lassen wir uns nicht  
ein. Siehe Berliner Adressbuch II. Teil. — N. 6. 65. 1. Nach Ablauf der  
vierwöchigen Frist kann der Geschäftsmann eine neuerliche Frist stellen  
und nach Ablauf dieser Frist die Verteilung des Wandes in die Wege  
leiten. 2. Fragen Sie an in der Anstaltsstelle des Bundes für Mutter-  
schaft: Frau Ledheim, Berlin, Schönhauser Allee 184 (Sprechstunde 2-3).

N. 99. Der höchste Geschäftstag ist kein ausreichender Grund zur  
Lösung des Vertrages. Ist das Vorhandensein von Geschäftswort nach-  
weisbar, so würde das allerdings einen Lösungsgund darstellen. Die  
raten, sich mit dem Volksgesetz in Verbindung zu setzen. — N. 6.  
Neustadt. Eine Entziehung oder Minderung der Rente findet aus Anlaß  
der Verteilung nicht statt. — N. 6. 40. 1. Nur dann besteht ein An-  
spruch, wenn zur Zeit oder in der Folgezeit weitere Söhne der Pflichterfüllung  
genügen. 2. An die Ortspolizeibehörde. 3. An die Betriebsverwaltung in  
Berlin, Köthener Str. 12. — N. 20. 66. 2. — N. 17. Falls Ihre  
Frau die Partizipation innehat, ist deren Anmeldung erforderlich. —

N. 100. Ihre Schwester kann sich nur an die Armenverwaltung  
wenden. — G. 2. 34. Solange die Kinder bei Ihrer Frau sind, und  
Sie auch zahlungspflichtig. Unter Jugendbelegung Ihres jetzigen Be-  
dienstes würden die etwa 20 M. pro Woche zu zahlen verpflichtet sein.  
Die Bestellung eines Pflegers ist offenbar nur zu dem Zweck gedacht, um  
die Unterhaltspflichten gegen Sie geltend zu machen. Falls die Frau ohne  
angemessene Erziehung hier zu bieten, können Sie gegen Ihre Frau die  
Klage auf Herausgabe der Kinder durch einen Rechtsanwalt erheben lassen.

— G. 2. 20. 1. Sie können innerhalb des ersten Monats von Renntag

des Bestehens des Versicherungsvertrages abgerechnet, dieses Versicherungsverhältnis lösen. 2. Nur dann, wenn Sie diesen Vertrag gelöst haben. Im übrigen besteht bei der „Volkshilfe“, die Sie offenbar meinen, die Möglichkeit der Versicherung gegen Feuergefahr nicht. — 7. 9. 99. 1. Ohne Kenntnis der Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht zu beantworten. 2. Die Mutter kann sich ein Armenrecht besorgen und damit zum Gericht gehen. — 11. 11. 9. Nur dann, wenn bei der Witwe Invalidität vorliegt. — 11. 11. 11. Nein. — 11. 8. 21. Jore Frau kann weiterleben. Die Karte muß vor Ablauf der zweijährigen Frist umgetauscht werden. — 2. 26. Es entzieht ein Nachteil zum mindesten bei der Berechnung der Höhe der Rente, unter Umständen sogar Verlust des Anspruchs. Wenn Sie

eine versicherungspflichtige Beschäftigung und die Versicherung der Renten in der fraglichen Zeit nachweisen können, so beantragen Sie bei der Landesversicherung die Ausstellung eines Duplikats. — 11. 2. 177. Die gestellten Ansprüche erscheinen gelegentlich begründet. Wir raten zur Einigung wegen der Ansprüche. Abgesehen von den Alimenten kann die Lohnbeschlagnahme erfolgen, soweit Sie mehr als 28,85 M. in der Woche verdienen. — 2. 600. An das Volgelpräsidium. — 7. 11. 80. 1. Ja, schon nach einjährigem Aufenthalt. 2. Aus dem Rentenstatut der zuständigen Versicherungsanstalt ersichtlich. Falls einer Klasse nicht angehört, 32 M. pro Woche. — 5. 2. 30. 1. Schwiegereltern und Schwägerin können, sofern nicht eine anderweitige Abmachung getroffen ist, allmonatlich aufständigen. 2. Die Forderung der Gemeinde Lützenberg ist begründet.

— 23. 290. 1. Nein, sofern die Kautionsperiode nicht verstrichen ist. 2. Das erscheint nicht ausreichend. Es kann Beschwerde beim Versicherungsamt geführt werden, insbesondere dann, wenn ein Kassemitglied berechtigten Grund zur Beschwerde hat. 3. Uninteressanter nicht. 4. Werden Sie sich an die Buchhandlung Vorwärts, dort sind billige Werte über die einzelnen Abchnitte der Reichsversicherungsordnung erschienen. 5. Ja, sofern die Witwe invalide im Sinne des Gesetzes ist und der Mann nicht schon vor dem 1. Januar 1912 Invalidenrente bezogen hat. — 7. 6. 79. Das Mädchen ist verpflichtet, das Jahr im Dienst zu verbleiben. — Eiba 40. Nein. — 2. 23. 100. Die Forderung ist verjährt. — 100. Preis. Falls die Ehegerichtsbesetzung des Kindes erfolgt ist, hat die Mutter keinen Anspruch auf Herausgabe.

**Schmökewitz Wald-Idyll Schmökewitz**  
Wanderern, Gewerkschaften, Vereinen  
zum **Bußtag** angelegentlich empfohlen.  
Ernst Noack, Schmökewitz.

**Plüschmüchel**  
Manturimitation, Velours-du-Nord- und Astrachanmüchel. Verkauf an Private zu Engrospreisen direkt aus der Fabrik, Kommandantenstr. 51, 1 Treppe.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzensir. 41, Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

**Offene Füße**  
Krampfadergeschwüre, wenn auch veraltet u. hartnäckig, schmerzhaftes Wunden, unenträgl. Jucken heilt ohne Nachteil die mild wirkende „**Olinda-Salbe**“ besonders für empfindsame Leiden. Sofort kühlend und lindernnd, da frei von jeder Schärfe. Zahlreiche Erfolge! — M. 1.— u. 2.50.  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

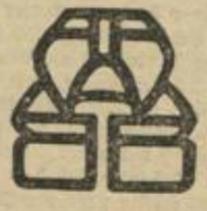
**Schlafpatent**  
Neuen dreifar. 198 senden gratis higenKatal.No. und franko  
R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik,  
Berlin SW., Markgrafenstr. 20.

**Passauer Gänse**  
bratfertig, mit Fett u. Innerem, 4-6 Kilo schwer, per Pfd. 85-90 Pf., inkl. Frantatur u. Verpackung geg. Nachnahme in nur feischer Ware. 231/7\*  
Joh. Hagers Wze.  
Passau (Bayern).

**Spezialarzt**  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Kata-Kuren (Dauer 12 Tag.). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
Sprechst. v. 8-8. Sonntags 8-10.

**Senfblebens Volksgarten und Festsäle**  
Am Dultag, den 19. November 1913, wie alljährlich:  
**Frische Blut- u. Leberwurst.**  
Alle Freunde, Bekannte und Gönner sind hiermit freundlichst eingeladen.  
**Otto Senfleben.**

**PILSATOR**  
EIN GUTER TRUNK  
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE  
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Siphons  
**BÖHMISCHES BRAUHAUS**  
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3088, 4088/90



**Teilzahlung**  
Wochenrate von 1 M. an  
Vornehme  
**Herrn-Ülster**  
Puletois, Anzüge  
fertig und nach Mass  
**J. Kurzberg**  
Mass-Schneiderei  
Rosenthaler Str. 36  
Frankfurter Allee 104  
Reinickendorfer Str. 4



**Theater und Vergnügungen**

Dienstag, den 18. November.  
Anfang 6 Uhr.  
**Cines Palast am Zoo.** Varietés.  
Sitzspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
Sitzspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Agf. Opernhaus.** Söhne.  
**Agf. Schauspielhaus.** Ariadne auf Naxos.  
**Deutsches.** Der blaue Vogel.  
Festina. Beer Gunt.  
**Jirkus Busch.** Galavorstellung.  
**Jirkus Schumann.** Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Die Herstellung künstlicher Edelsteine.  
Schaal: Prof. Dr. C. Mische: Weltberichter.  
**Kammerspiele.** Der verlorene Sohn.  
**Königgräber Straße.** Die fünf Frankfurter.  
**Theater am Rollendorfplatz.** Der Wido.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Die Kasse.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Waffenschmied.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Die heitere Residenz.  
**Thalia.** Die Taugenbrosen.  
**Komödienhaus.** Hinter Mauern.  
**Montis Operettentheater.** Die ideale Gattin.  
**Schiller O.** Rosenmontag.  
**Schiller Charlottenburg.** Jugendfreunde.  
**Residenz.** Hohel — der Franz.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugendhafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Kutschelhaus.** Im grünen Hof.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Gelübde?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Cines Apollo-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Die Kinokönigin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Noie.** Im weißen Hölz.  
**Luisen.** Hofrats Erben.  
**Folies Caprice.** Mißgeburt. Das Adoptivkind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Die Sieb. gehfähigen.  
Anfang 9 Uhr.  
**Cines Rollendorf-Theater.** Varietés.  
**Sitzspiele.**  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 67-69

**Schiller-Theater O.** Theater.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Rosenmontag.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Rosenmontag.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Jungfrau von Orleans.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**

**Theater in der Königgräber Straße**  
8 Uhr: Zum 450. Male:  
**Die fünf Frankfurter.**  
Mittwoch: Geschlossen.

**Komödienhaus.**  
8 Uhr: **Hinter Mauern.**  
Mittwoch: Geschlossen.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: **Wie einst im Mai.**  
Mittwoch: Geschlossen.

**Deutsches Schauspielhaus**  
8 Uhr: Die heitere Residenz.  
Mittwoch, 8 Uhr: Geistl. Vortrag und Konzertabend.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Polenblut.**  
Mittw.: Oratorium „Judas Maccabäus“.  
Anfang 8 Uhr.

**Theater am Rollendorfplatz 5.**  
8 Uhr: **Mikado.**  
Mittw., 10. d., 8 Uhr: einz. Vortrag: **Meine Reise zum Südpol**, gehalten von Oswald Krumbölen.

**Residenz-Theater**  
8 Uhr: **Hohel — der Franz!**  
Kunststoffe Grotte in 3 Akten von Arthur Landberger und Will Wolf.  
Musik von Robert Winterberg.  
Nov. u. f. Tage: Hohel — der Franz!

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater**  
30-31 Chausseestr. 30-31.  
**Operetten-Gastspiel**  
**Die Kinokönigin**  
Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski u. Jul. Freund.  
Musik von Jean Gilbert.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Deutsches Künstlertheater**  
Sozietät.  
Nürnbergstr. 70/71, am Zoo.  
Kasse: Holland 1933.  
Dienstag 8 Uhr:  
**Die Affäre.**  
Mittwoch: Geschlossen.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Im weißen Rößl.  
Kunststoffe in 3 Akten von Eumenial u. Radelburg.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Mittwoch: Geschlossen.  
Donnerstag: Im weißen Rößl.

**Montis Operettentheater.**  
Abends 8 Uhr: **Lehar-Novität: Die ideale Gattin.**  
Frei! Waffern, J. Epitmann u. G. Borg u. folg. Tage: **Die ideale Gattin.**  
Mittwoch (Bußtag) keine Vorstellung.

**Residentlicher Redakteur: Alfred Dietz, Neustolln.** Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

**URANIA** Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr: Geh. Reg.-Rat Professor Dr. A. Mische:  
**Die Herstellung künstlicher Edelsteine.**  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. C. Käßner:  
**Wettervorhersage.**

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Säger  
Zickenbeens-Künstler-Agentur.  
Anfang 8 Uhr.  
Nächste Radm.: Vorstellung:  
Sonntag, den 30. Nov.

**Lessing-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Peer Gynt** von Björn. Musik von Uteleg. Mittwoch: Geschlossen.

**Die Herstellung künstlicher Edelsteine.**  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. C. Käßner:  
**Wettervorhersage.**

**UT**  
Lichtspiele  
Unten-Palast  
Kurfürstendamm 96.  
**ASTA NIELSEN**  
Bayaria-Haus  
Friedrich-, Ecke Taubenstr.  
**ASTA NIELSEN**  
Unter den Linden 21  
**ASTA NIELSEN**  
Weinbergsweg 16-17  
(2 Min. vom Rosenthaler Tor)  
**ASTA NIELSEN**  
Moritzplatz  
**ASTA NIELSEN**  
Hasenheide  
**ASTA NIELSEN**  
Reinickendorfer Str. 14  
**ASTA NIELSEN**  
Am Buß- und Betttag,  
Mittwoch, 19. November,  
sind sämtl. UT geschlossen.

**Palast am Zoo**  
Täglich Anfang 6 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr **Matinee.**  
Komplettes Programm grosser **Varietés-Akte**  
sowie unsere renommierten Lichtspiele  
Preise von 65 Pfennig an.

**Apollo-Theater**  
Martin Kempinski  
das arkumische Original  
sowie unsere renommierten Licht

Der Dienstboten-Krankenversicherungsverein und sein Direktor Rosenow.

In der Nummer vom 15. Oktober er. haben wir an dieser Stelle auf die fonderbaren Praktiken hingewiesen, deren sich Herr Rosenow als Direktor des zukünftigen Dienstboten-Krankenversicherungsvereins bedient, um für diese rückständige Einrichtung die jetzigen Mitglieder des Abonnementvereins für Dienstboten als Mitglieder des neuen Versicherungsvereins zu erhalten oder auch neue Mitglieder, die bisher nicht Mitglieder des alten Abonnementvereins waren, einzufangen.

Diesem Zirkular ist eine Postkarte beigelegt, worin bestätigt werden soll, daß die betreffende Herrschaft auch nach dem 1. Januar 1914 dem bisherigen Abonnementverein mit dem veränderten Namen angehören will, und daß versprochen wird, den Befreiungsantrag für den oder die Dienstboten am 1. Dezember d. J. einzufenden und für jeden neuen Dienstboten ebenfalls die Befreiung zu beantragen.

Der Dienstbote selbst soll diesen Bausus unterschreiben und damit als für sich rechtsverbindlich anerkennen: „Ich bestätige hierdurch, daß ich von der obigen Erklärung meines Dienstherrn, die Gewährung des Rechtsanspruchs betreffend, Kenntnis genommen habe und mit deren Inhalt einverstanden bin.“

Andererseits ist auch den Herrschaften dringend abzuraten, den Lodungen des jetzigen Abonnementvereins zu folgen. Die von Herrn Rosenow in der ersten Zuschrift viel gerühmten Bequemlichkeiten für die Herrschaften, die als besonderes Anziehungsmittel wirken sollen, treffen nur bedingt zu und damit wird die Zugehörigkeit zu dem neuen Krankenversicherungsverein auch für die Herrschaften eine recht zweifelhafte.

Können der Fiskus und die eingetragenen Genossenschaften wahlberechtigt sein?

Unter anderem war diese Frage zu entscheiden in einem Rechtsstreit des Stadtverordneten Genossen John gegen die Stadtverordnetenversammlung von Lichtenberg. Genosse John hatte Einsprüche gegen die Richtigkeit der Kommunalwählerliste für Lichtenberg gerichtet, welche vom 15. bis 30. September 1912 aufgelegt hatte.

Der Einspruch verlangte die Streichung des Eisenbahnfiskus und der Friedrichsberger Bank, einer eingetragenen Genossenschaft, aus der Wählerliste. Auf diesen, in der Klage wiederholten Antrag erkannte der Bezirksauschuss dahin, daß der Eisenbahnfiskus und die Bank aus der Wählerliste zu streichen seien.

Der Bezirksauschuss erachtete den Einspruch für rechtzeitig eingelegt. Es handelte sich hier um eine nach Tagen bestimmte Frist und eine solche endigte mit dem Ablauf des letzten Tages der Frist, d. h. um 12 Uhr nachts.

Weiter führte der Bezirksauschuss aus: Nach § 8 der Städteordnung können Forensen und juristische Personen dann zu den Stadtverordneten-Wahlen zugelassen werden, wenn sie seit

einem Jahre mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner sowohl an direkten Staats-, als an direkten Gemeindeabgaben entrichtet usw. Da nun der Fiskus Staatssteuern nicht zahlt und zu solchen auch nicht veranlagt sei, so sei die Möglichkeit seiner Wahlberechtigung ausgeschlossen, denn eine solche könnte nur dann in Frage kommen, wenn er sowohl an Staats-, als auch an Gemeindesteuern mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner zahlte.

Somit sei der Fiskus zu streichen. Aber auch die Friedrichsberger Bank sei zu streichen, denn zu den juristischen Personen im Sinne des § 8 Absatz 2 der Städteordnung gehörten eingetragene Genossenschaften nicht. Das gelte auch für solche, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehe, und zwar in gleicher Weise für die mit unbeschränkter wie mit beschränkter Haftung.

Gegen das Urteil legte die Stadtverordnetenversammlung Berufung ein. Das Oberverwaltungsgericht befähigte am Montag die Vorentscheidung mit folgender Begründung:

Der Fiskus zahle zweifellos keine Staatssteuern, er sei deshalb nicht in die Wählerliste aufzunehmen. Und was die eingetragenen Genossenschaften angeht, so seien sie aus dem Grunde nicht wahlberechtigt, weil sich der § 8 der Städteordnung von 1888 nur auf solche juristische Persönlichkeiten beziehe, welche zur Zeit des Erlasses dieser Städteordnung die Eigenschaft einer juristischen Persönlichkeit besaßen. Eingetragene Genossenschaften gab es damals nicht. Auf keinen Fall seien sie juristische Persönlichkeiten im Sinne der Städteordnung von 1888.

Infolge dieser Entscheidung haben etwa 500 Wähler aus der 3. Klasse in die 2. Klasse aufzurücken.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Die Genossen und Ausflügler werden ersucht, bei Partien die Lokalliste genau zu beachten. Besonders weisen wir auf Eichwalde hin, wo uns die Lokale von Wichters Gesellschaftshaus und Schlichtingers Blockhaus beharrlich verweigert werden. Wir ersuchen, diese Lokale streng zu meiden. Ertrag für Lokallisten sind bei den Mitgliedern der Lokalkommission zu haben.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Die Befestigung des Krematoriums morgen Mittwoch, den 19. November (Dienstag), findet nicht um 2 Uhr, sondern schon um 1 Uhr statt. Treffpunkt um 12 1/2 Uhr am Bahnhof Baumhuldenweg.

Ober-Schönweide. Heute Dienstag abends 8 Uhr im Wilhelminenhof: Mitgliederversammlung. Morgen Mittwoch, den 19. d., morgens 8 Uhr, treffen sich die Genossen in den Bezirkslokale zur Flugblattverbreitung.

Die zum selben Tage anberaumte Versammlung ist von der Polizei verboten worden: dieselbe findet nunmehr am Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, im Wilhelminenhof statt. Näheres siehe Plakate.

Friedenau. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Bausvereins im kleinen Saale des Kaiser-Wilhelm-Garten: Abends 8 1/2.

Teltow. Heute Dienstag: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Grünau. Morgen Dinstag: Wichtige Flugblattverbreitung. Treffpunkt morgens 8 Uhr in der „Grünen Ede“.

Spandau. Morgen Mittwoch früh 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung im 6. und 7. Kommunalausschussbezirk. Die Genossen der Bezirke 1-9 treffen sich hierzu bei Dery, Kurstr. 22, und die Genossen der Bezirke 10-17 bei Koppenh. Pichelsdorfer Str. 39.

Weihenau. Die für Mittwoch, den 19. d. Mts. (Dinstag) angelegte Kalenderverbreitung findet umständehalber voraussichtlich erst im Laufe des Monats Dezember statt.

Am Freitag, den 21. November, abends 7 Uhr, vor den Gruppenlokale aus Handzettelverbreitung zu der Frauenversammlung am 25. d. Mts.

Reinickendorf-Ost. Morgen (Dinstag) früh von 8 Uhr ab findet zu der am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Schützenhause stattfindenden öffentlichen Versammlung eine Flugblattverbreitung statt.

Vorligwalde-Wittenau. Dienstag, den 18. November, abends 8 Uhr, in den Vorligwalder Festsälen: Dritter Vortragabend über „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Röntgenal, Zepernitz, Buch. Mittwoch, den 19. November, morgens 8 Uhr: Flugblattverbreitung und Arbeitslohnzählung. Material ist vom Genossen Buchholz, Kaiser-Wilhelm-Str. 50, in Empfang zu nehmen. Zu der Kinderaufführung für unseren Märchenabend werden diejenigen Genossen und Genossinnen, deren Kinder im Alter von 8 Jahren mitwirken wollen, dieselben zur ersten Probe am Mittwoch, den 19. November, vormittags 10 Uhr, zu Pierend, Gärtwollstraße, zu schicken.

Berliner Nachrichten.

Ein nationales Jugendhaus.

Jungdeutschland hat am Sonntag ein zweites Jugendhaus eingeweiht. Während das erste Heim in Tegel vornehmlich dem Spiel und Sport im Sommer dient, soll das am Sonntag eingeweihte, an der Rathenower, Ecke Sendlichtstraße belegene Heim ein Sammelplatz für alle vaterländische Jugendpflieger treibenden Vereine des Nordens und Nordwestens werden. Der Charakter dieses Jugendhauses kam nicht besser beleuchtet werden, als wenn wir den Festbericht abdrucken, der über die Einweihung erstattet wird. Wir lesen in einigen Blättern:

Zur Einweihung hatten sich Generalfeldmarschall v. der Goltz, Generalleutnant v. Ammon, Polizeipräsident v. Jagow mit den Polizeipräsidenten von Lichtenberg und Schöneberg, Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, zahlreichen Abordnungen verwandter Vereine eingefunden. Fanfaren leiteten die Feier ein. Nach dem Gesänge „Die Himmel rühmen“ vollzog Prediger Wunderlich die Weihe des Hauses, das eine christliche und nationale Pflanzstätte reiner Jugendfreude, eine Pflanzstätte von Glaube und Gottesfurcht, ein Hort von Königstreue, ein Brunnen der Volksgesundheit sein soll. Oberst v. Hülles wies darauf hin, daß in einer höherer Zeit hier die Liebe zu Gott und dem Nächsten, die Liebe zu Heimat und Kaiser in den jungen Herzen gepflegt werden soll. Mit dem Auf: „Mit Gott für König und Vaterland!“ überlag er als Vorsitzender der Jungdeutschlandgruppe Groß-Berlin das Haus an Generalleutnant z. D. v. Ammon. Dieser wies darauf hin, daß hier die bürgerliche und militärische Jugend sich vereint. Mit einem Hoch auf den Kaiser, der für das Soldatenheim dieses Jugendhaus gewidmet hat, schloß die Ansprache. Feldmarschall v. der Goltz überbrachte als erster Vorsitzender des Jungdeutschland-Bundes dessen Glückwünsche der Gruppe Groß-Berlin. Er knüpfte daran die Hoffnung, daß hier eine Jugend mit starkem Körper und starkem

Geiste heranwachsen werde, eine iächtige, patriotische, Königstreue Jugend, die, wenn die erste Stunde kommt wird, zu wahren versteht, was die Väter erwarben, des Vaterlandes Größe und Glanz. Nach dem Festmarsch „Deutsche Jugendlust“ folgte eine Befestigung des schmucken, zweigeschossigen Jugendhauses.

Aus obigen Darlegungen geht deutlich hervor, welcher Geist in dem Jugendhause gepflegt werden wird. Es ist Verrat an der eigenen Klasse, wenn Arbeiter ihre Kinder der Jungdeutschlandbewegung zuführen, anstatt sie der proletarischen Jugendbewegung anzuschließen. Damit aber auch für unsere Jugend mehr getan werden kann, sollten unsere Genossen die Jugendheime mehr unterstützen. Das können sie am leichtesten, wenn sie Mitglieder des Vereins „Arbeiterjugendheim“ werden.

Die Irrenrechtsreform marschiert.

Der Bund für Irrenrecht und Irrenfürsorge (Sitz Berlin) hielt am Sonntag in den Fürstberg-Festsälen, Rosenthaler Str. 38, unter sehr starkem Zutritt eingeladener Gäste seine diesjährige Hauptversammlung ab. Unter den Erschienenen bemerkte man unsere Reichstagsabgeordneten Thiele (Halle) und Dabitsch, ferner den Weimarer Professor Dr. Lehmann-Hohenberg, Kreisarzt Dr. Weigberber, Pfarrer Eiser, zahlreiche Rechtsanwälte und praktische Ärzte, auch eine ganze Anzahl von Irrenärzten. Letztere meldeten sich, obwohl wiederholt dazu aufgefordert, nicht zum Wort. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Bundesvorsitzenden Pfarrer Palm-Wilshoben erklärte Redakteur Elmer von der Zeitschrift „Irrenrechts-Reform“ in scharfpunktierter Ausführungen, was der Bund sei und was er wolle. Er sei nicht, wie die Psychiatrie frivol verbreite, ein „Bund der Entmündigten“ oder ein „Bund ehemaliger Geisteskranker“, sondern setze sich zusammen aus sehr geistesgesunden Männern und Frauen, die in idealster Geminnung für ein hohes Ziel arbeiten, für die Schaffung gesunder Rechtszustände in dem verfahrenen Irrenwesen. Redner warnte vor verallgemeinernden Schimpfen auf die Psychiater. Es gebe auch noch genug Irrenärzte, vor denen als Arzt wie als Mensch man Hochachtung haben müsse. Mit aller Energie müsse aber das Treiben unläuterer Elemente unter den Psychiatern, besonders der auf Geldverdienenden bedachten Privatirrenärzte, bekämpft werden. Hier müsse man eine radikale Forderung fordern, die gezielte Beseitigung aller Privatirrenanstalten, die eine Gefahr für die persönliche Freiheit bedeuten, das Recht und die Verfassung mit Füßen treten. Mit Nachdruck müsse der Kampf sich auch richten gegen jene Behörden, die mit der Psychiatrie gemeinsame Sache machen, um geistesgesunde, aber unbehaglich gewordene Leute, selbst unbedeutsame Beamte, in die Irrenhäuser sperren oder sonstwie für „verrückt“ erklären zu lassen. Endlich sei auch zu kämpfen gegen die Defensivität, die leider noch immer in schwerem Vorurteil befangen sei gegen ehemalige Irrenanstaltsinsassen. Auf diese Weise würden Tausende, die man mit Mitleid von sich stoße und ächze, der graufigsten Not, dem Alkohol, dem Verbrechen und wieder dem Irrenhause in die Arme getrieben. Gabe man Millionen übrig, um immer neue palastartige Irrenanstalten zu bauen, so müßten auch Hunderttausende da sein, um für die soziale Wiebergeburts entlassener Irrenanstaltsinsassen zu sorgen. Die moderne Irrenrechts-Reformbewegung, die sich nicht mehr verdrängen lasse, sei die „nie irrende Stimme des Volkes“ und in diesem Zeichen werden wir stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der praktische Arzt Dr. Schacht aus Guben, der die Berücksichtigung der Behörden mit den Irrenärzten am eigenen Leibe erfahren hat, hielt einen zweifelhafte Vortrag über ärztliche Sünden im allgemeinen und psychiatrische Sünden im besonderen. Er nannte es ein trauriges, beschämendes Zeichen der Zeit, den Gegner, der völlig geistig gesund sei, durch Verleumdung zu beseitigen. Reichstagsabgeordneter Thiele gab unter großem Beifall die Erklärung ab, daß er und seine Partei schon bei der aller-nächsten Gelegenheit die Irrenrechtsreformfrage in breiter Form im Plenum des Reichstages zur Sprache bringen werden. Andere Redner betonten, daß diese Frage keine Parteifrage sei; vielmehr seien alle Parteien darin einig, daß zur Beseitigung der schweren Missetaten etwas Durchgreifendes geschehen müsse. Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried behandelte das Gebiet in längerem juristischen Referat. Professor Dr. Lehmann-Hohenberg sprach über bevorstehende Irrenrechtsprozeduren in Weimar. An den Reichskanzler wurde ein Telegramm geschickt des Inhalts, daß für die Irrenrechtsreform durch ein Reichs-Irrenrechtsgesetz die bedrücklichen Irrenhause- und Entmündigungs-zustände beseitigt werden und dadurch der Verfassung, welche die persönliche Freiheit und Sicherheit des Staatsbürgers garantiert, Geltung verschafft wird.

Bessere Stroche.

Dem schändlichen Treiben zweier junger Männer, die seit einiger Zeit junge unerfahrene Mädchen unter 16 Jahren in ihre Netze lockten, ist durch ihre Verhaftung ein Ende gemacht worden. Ein 21 Jahre alter Korih Gumpert hatte sich in der Magazinstraße ein Flurzimmer gemietet. Da nur morgens eine Aufsichtsfrau kam, konnte er in dem Raume schalten und walten wie er wollte. Er ging mit seinem Freunde, dem 26 Jahre alten Paul Rosenfeld, abends durch die Straßen, beide schlichen sich an junge Mädchen heran und überredeten sie, mit auf ihr Zimmer zu gehen. So haben sie es auch fertig gebracht, zwei Mädchen von 14 1/2 Jahren, Ködler sehr aßbarer Eltern, zu umgarnen, um sich schließlich in der schändlichsten Weise an den unerfahrenen, kaum den Kinderstufen entwachsenen Mädchen zu vergehen. Erst in der Nacht um 3 Uhr schickten sie die Mädchen auf die Straße. Die Eltern erstatteten Strafanzeige gegen sie und so kam die Kriminalpolizei dahinter, daß die Unholde, Söhne vermöglicher Eltern, schon wiederholt Mädchen in diesem Alter mitgenommen und die Hausbewohner oft gehört haben, wie diese jammervoll schrien. Nach diesen Feststellungen nahm die Polizei Rosenfeld sofort in Haft. Gumpert dagegen belieh sie vorläufig auf freiem Fuß, weil er geistig minderwertig ist.

Die beiden Stroche konnten sich die Gemeinheiten leisten, weil sie Söhne vermöglicher Eltern waren, von denen sie das Geld hatten, um besondere Absteigequartiere zu mieten.

Aus der städtischen Straßencleaning.

Die Tagesordnung der am 15. November abgehaltenen Sitzung der Deputation für die städtische Straßencleaning war eine umfangreiche. Aus der Deputation wurde der Wunsch geäußert, wenn möglich zu der früheren Geselligkeit zurückzukehren und regelmäßig monatlich eine Sitzung abzuhalten. Damit würde am besten der Anbau des Beratungsstoffes vorgebeugt. Der Wunsch fand allseitige Zustimmung.

Eine Notiz des „Vorwärts“ in Nr. 253 vom 30. September, Arbeiterentlastungen betr., hat der Direktion Anlaß zur Monierung. Die Notiz auf die Berliner Verwaltung gemünzt, wäre unzutreffend gewesen. Die sich jedoch nachträglich bei näherer Prüfung herausgestellt hat, handelt es sich um eine Schilderung über Vorgänge in der Charlottenburger Verwaltung der Straßencleaning. Bei aufmerksamer Lektüre des „Vorwärts“ hätte dieser Umstand der Direktion nicht entgehen können. Beschlossen wurde, die Lieferung von Velleidungsstoffen in beschränkter Submission zu vergeben. Zugestimmt wurde der Erhöhung des Mietpreises von Ringbahnwagen von 600 auf 720 M. Desgleichen der Zahlung von Prämien an die Fahrer der Kraftfahrzeuge, die in der Behandlung ihrer Fah-

zeuge so vorzüglich sind, daß die Jahresreparaturkosten den Betrag von 1500 M. nicht übersteigen. — Verträge gegen die Disziplin wurden in den Monaten April, Mai, Juni in 304 Fällen geschlossen. — Für die Klöße der abgängig gewordenen Wesen will ein Abnehmer 45 M. für 1000 Stück zahlen. — Bewilligt wurden Jahresunterstützungen an die Wäckerin Cremer mit 240 M. und an die Witwe Grub mit 270 M. — Lohnentschädigungen für beurlaubte Arbeiter wurden für 204 Tage 825 M. gezahlt. Zur Planierung und Verpflanzung der Rehrichthabendeplätze wurden 3000 M. bereitgestellt. — Dem Wünsche der Handwerker in der Depot, dahingehend, an den Sonnabenden vor den hohen Feiertagen eine Stunde früher Arbeitsschluss eintreten zu lassen, wird entsprochen.

Der Statutwurf wird gutgeheißen. Eingelegt wird eine Summe von 70000 M., die erforderlich ist, den Eisenbahnanstalt der eventuellen Anlagen am Rudolfsplatz sicherzustellen. Die anderweitigen Projekte der Verwaltung für eine Neuordnung der Sammlung und Abfuhr des Straßenabfalls sowie eine Neuordnung der Aufsichtigung des Betriebes wurden zurückgestellt für günstigere Zeiten. Der Einstellung eines Betriebsingenieurs wurde zugestimmt, da die Schaffung dieser Stelle in der Ausdehnung des motorischen Betriebes und der maschinell betriebenen umfangreichen Reparaturwerkstätte ausreichend Begründung fand.

### Das überfüllte Hospital.

Überfüllt ist das städtische Hospital Berlin in Lichtenberg, und auch die Abteilung desselben in Reinickendorf und im städtischen Obdach Heibelstraße läßt in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Im Kuratorium kam auch die Art der Belegung zur Sprache. Es sollen bekanntlich nur „vorbestrafte“ Personen dort hinkommen; seit langer Zeit befinden sich aber auch Unbestrafte in großer Anzahl darunter, besonders solche, die sich in anderen Hospitälern in irgend einer Art „miffliebig“ gemacht haben, sowie Leute, die in geschlossene Armenpflege genommen werden müssen. Mit Recht wurde vom Kuratorium der Standpunkt vertreten, daß Bestrafungen, die unter Umständen 10, 20, 30, ja 40 Jahre zurückliegen, doch einmal als geistlich angesehen werden müßten und daß die unglückliche Leberfüllung endlich beseitigt werden muß. Das Kuratorium beschloß, eine Besichtigung vorzunehmen und daran anschließend über geeignete Maßnahmen zu beschließen. Ein Antrag, den Herrn Oberbürgermeister zu dieser Besichtigung einzuladen, schien einigen Herren unangenehm zu sein; hoffentlich läßt sich derselbe dadurch nicht abhalten, daran teilzunehmen.

Neuer Massenerkrankungen in der Heimstätte Uffspall gehen uns Nachrichten zu, die geeignet sind, große Beunruhigung herbeizurufen. Wie uns mitgeteilt wird, sind in der genannten Heimstätte in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend unter den Kindern Erkrankungen eingetreten, die sich in starkem Erbrechen und im Durchfall äußerten. Die Kinder seien stark mitgenommen worden und Eltern, die am Sonntag ihre Kinder besuchten, seien geradezu erschrocken über das Befinden ihrer Lieblinge. Die Erkrankungen werden auf das Essen zurückgeführt, das am Freitagmittag verabfolgt worden sei. Es ist Aufgabe der Verwaltung der Heimstätte, durch Aufklärung der Sachlage zur Beruhigung der Eltern beizutragen.

Vom Eisenbahnzug überfahren wurde vor einigen Wochen ein Dienstmädchen Emma Schr. aus Berlin. Wir berichteten damals, daß die Vermählte bei Zeuthen auf der Grlitzer Bahn als zerstückelte Leiche aufgefunden worden war. Ob Selbstmord oder Unfall vorliegt, ist schwer zu entscheiden. Heute kommen wir auf die traurige Angelegenheit zurück, weil erst jetzt eine Beschwerde über das Verfahren bei Ermittlung der Angehörigen an uns gelangt ist. Ermittelt wurden sie mit Hilfe eines Pfandscheins, den die Verstorbene zufällig bei sich hatte, der aber dem Mann ihrer Schwester gehörte. Die frühere Wohnung des Mannes, der vor seiner Verheiratung bei seiner Mutter gewohnt hatte, ließ sich bei dem Pfandleiher feststellen. Zu der in Schöneberg wohnenden Mutter kam dann ein Schutzmann und meldete, daß der Pfandschein bei einer Wäckerlei aufgefunden, diese aber schon beerdigt worden sei. Dem sofort benachrichtigten Sohn blieb nur die Annahme, daß in der Toten die vermählte Schwägerin ermittelt sei. Warum die Suche nach den Angehörigen nicht rascher zu einem Ergebnis geführt hat, ist unverständlich. Der Gedanke, bei dem Pfandleiher anzufragen, mußte das allererste sein. Im übrigen ist die Leiche ganz unnötig übereilt beerdigt worden, noch ehe die Angehörigen von der Auffindung erfahren hatten. In Niedersdorf, wo die Beerdigung stattfand, gibt's keine Leichenhalle — das soll der Grund dieser auffälligen Eile sein. Dabei wurde dann natürlich die Leiche so, wie man sie aufgefunden hatte, in den Sarg gelegt. Die Angehörigen bezweifelten, ob die Leite überhaupt Emma Schr. sei und forderten die Wiederbeerdigung. Als diese nach zehn Tagen erfolgte, war der Schwager empört darüber, wie man die Leiche in dem Sarg gebettet hatte.

### Für die arbeitende Jugend

findet morgen, Samstag, abends 8 Uhr, in der Sternwarte Treptow, ein Vortrag, verbunden mit kinematographischen Vorführungen statt über das Thema

„Scotts Reise zum Südpol und ein Blick ins Weltall.“

Ferner finden am Sonntag, den 23. November 1913, nachmittags 2 Uhr, in den beiden Uniontheatern, am Weinbergsweg 10/17 und am Moritzplatz

### Kinematographische Vorführungen

statt. Unter den Darbietungen seien u. a. erwähnt: „Scotts letzte Wege“, Die Beiseignungsfeierlichkeiten des Reichstagsabgeordneten Webel“, ferner Landschaftsbilder, Naturaufnahmen usw. Eintrittskarten für Jugendliche unter 18 Jahren 20 Pf., über 18 Jahren 30 Pf.

Es wird hier der Versuch unternommen, der arbeitenden Jugend auf dem Gebiete der Kinematographie etwas Gutes und Einwandfreies zu bieten. Es darf daher auf regen Besuch dieser Vorführungen gerechnet werden.

Zu dem Selbstmordversuch der Frau Clavier in der Kammerstraße wird uns mitgeteilt, daß die Kermis im Krankenhaus schwer darniederliegt. Frau Clavier hatte schon vorher im Krankenhaus gelegen und war schwer nervös und leicht erregbar. Weil ihr Mann, der infolge des Versteigens eines falschen Straßenbahnwagens etwas später nach Hause kam als gewöhnlich, griff die bebauerte Witwe Frau in ihrer Erregung zu dem von uns berichteten Verzweiflungsmittel.

Die 12 polizeilich verbotenen Tagungsversammlungen zum „Massenstreik gegen die Staatskirche“ werden nunmehr Donnerstag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, in nachstehenden Sälen stattfinden: 1. Konzert- und Festsaal, Koppenstr. 20; 2. Pharus-Saal, Hiltnerstr. 142; 3. Bogendorfer Brauerei, Luitpr. 25/26; 4. Schweinmünder Gesellschaftshaus, Schweinmünder Str. 42; 5. Urania-Saal, Brangelstr. 10/11; 6. Schweizergarten, Friedrichshain 20/30; 7. Charlottenburger Volkshaus, Köpenickerstr. 8; Reinickendorf-Dt., Schöneberg, Residenzstr. 1; 9. Schöneberg, Schloßbrauerei, Hauptstr. 121; 10. Nichtenbera, Aconprinzengarten, Frankfurter Chaussee 128; 11. Köpenicker Stadttheater; 12. Ober-Schönweide, Schloßpark, Wilhelmshof.

Der Sängerkorps Wedding, Chorleiter Emil Thilo, M. v. D. H. S. V., von Berlin, veranstaltet am Mittwoch, den 12. v. M. (Vortag), abends 7 Uhr, im hohen Saal der Germania-Bräufälle,

Chaussee 110, ein großes Vokal- und Instrumentalkonzert, unter Mitwirkung des Berliner Konzerthausorchesters, Kapellmeister Herr Fr. v. Blon und Herrn E. Burckhardt, Bariton. Eintrittskarte inkl. Liedertage 60 Pf., erhältlich bei den Mitgliedern.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

Bei der am Sonntag vorgenommenen Erprobung zur Stadtverordnetenversammlung, die durch Verzug des Genossen Düvel sich notwendig machte, gaben von 1103 eingeschriebenen Wählern 518 ihre Stimme ab, das sind 46,5 Proz. Da in diesem, dem 1. Stadtbezirk, zum großen Teil die Beamten und Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätten I und II wohnen, ist das Resultat der Wahl als ein außerordentlich gutes zu betrachten. Die 518 erschienenen Wähler stimmten sämtlich für unseren Genossen. Parteisekretär Paul Brühl ist somit gewählt.

### Charlottenburg.

Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus ein Lichtbilder-Vortrag statt: „An den Ufern des Rheins.“ Ref.: Stadtv. Wilhelm Richter.

### Steglitz.

„Flammierte Europäer“ gab es im weiteren Verlauf der letzten Gemeindevorberatung. Herr Winkler interpellierte abermals wegen der Stadtveränderung und dem Ausschneiden aus dem Kreise. Er verlangte ein energischeres Vorgehen, um endlich aus dem Kreise herauszukommen und eine städtische Verwaltung zu erlangen, deren wir dringend bedürften. Der Bürgermeister erwiderte darauf, daß die Spezialkommission erst kürzlich getagt und einstimmig beschlossen habe, vorläufig noch im Kreise zu bleiben. Herr Warslow sprach seine Verwunderung über die Anfrage trotz des einstimmigen Beschlusses aus und behauptete im übrigen, daß die wahren Freunde der Stadtveränderung stets in der angefeindeten Rechte des Hauses gefesselt hätten; deshalb weise er alle Vorwürfe energisch zurück. Herr Radtke beklagte trotzdem wieder die Rechte der Verklebung. Herr Korthaus stimmte ihm zu und meinte, die Ausführungen in der Kommission hätten nichts von einer Liebe für Stadtveränderung merken lassen, deshalb möge man auch öffentlich nicht davon reden. Herr Kirchner betonte, so lange der Landrat nicht wolle, würden wir nicht aus dem Kreise herauskommen. An ihm und seinen Freunden liege es nicht, denn die Rechte wolle in diesem Falle genau dasselbe wie die Linke. Herr Sädle meinte, daß die Furcht vor dem „König Landrat“ unbegründet sei. Wenn die Rechte nur den ersten Willen hätte, etwas zu erreichen, würde selbst der Landrat nicht auf die Dauer widerstehen können. Aus allen schönen Reden der Rechten höre man jedoch immer nur das „Rein“ heraus. Hiergegen verwarnte sich Herr Warslow nochmals ausdrücklich und erklärte, daß im bürgerlichen Leben das mit „unfair“ bezeichnet würde, wenn man die Verfechtung eines anderen anzweifelt. War schon das Vorgehen der Herren Winkler und Korthaus, die beide der Kommission angehören und somit bei dem einstimmigen Beschlusse, die ganze Sache ruhen zu lassen, mitge wirkt haben, sehr merkwürdig, so war es doch erst unsern Parteigenossen Lehmann vorbehalten, zu zeigen, wie die „wahren Freunde von Rechts und Links“ in Wirklichkeit aussehen. Er bezweifelte, daß überhaupt die erste Absicht bestehe, aus dem Kreise auszuscheiden, und glaubte dafür stichhaltige Gründe zu haben. Als Anfang des Jahres die Wahl eines Kreisaußschußmitgliedes stattfinden sollte, wurde an die Kreisabgeordneten ein Flugblatt verandt, in dem für die Wahl unseres Bürgermeisters Wubrow Propaganda gemacht wurde. In diesem Flugblatt wird gesagt, daß Steglitz seit zwölf Jahren bei den Kreisaußschußwahlen deshalb übergegangen werde, weil nach Ansicht der Kreisabgeordneten eine Gemeinde, die aus dem Kreise ausscheiden wolle, keine Vertretung im Kreisaußschuß beanspruchen könne. Ich ätzere nun wörtlich — fährt Lehmann fort — folgende Sätze: „Wenn auch Steglitz bemüht ist, die Grundlagen seiner Auseinandersetzung mit dem Kreise festzustellen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß es aus dem Kreise ausscheiden wolle. Ergibt die Abrechnung, daß das Ausschneiden — wie wahrscheinlich — nur mit erheblichen finanziellen Opfern erkaufbar werden kann, so wird voraussichtlich sich ein großer Teil, die maßgebenden Persönlichkeiten, für das Verbleiben im Kreise aussprechen. ... Zudem fehlt Steglitz zurzeit die rechtliche Grundlage für sein Ausschneiden, die in der Verleibung der Stadtrechte besteht. ... Wird Steglitz auch diesmal übergegangen, so muß die natürliche Folge sein, daß die Agitation wegen Ausschneidung aus dem Kreise ganz erheblich gestärkt wird. ...“ Unterzeichnet ist das Flugblatt von den Herren Gemeindevorberatern Warslow, Kirchner, Steinhil und Korthaus. — Ein schallendes Gelächter folgte den Worten Lehmanns und stauende Ausrufe: „Auch Sie, Herr Korthaus?“ Dann überhört die Stimme des Bürgermeisters den Herrn: „Es ist ein Schlußantrag eingegangen. Auf der Rednerliste stehen noch die Herren soundso. Wird der Schlußantrag unterstützt?“ Und er wurde unterstützt, auch Herr Korthaus hob — noch ganz verblüht — die Hand. Darauf wurde der Schlußantrag mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Herr Korthaus hatte sich schon so weit gemeldet — es war auch wirklich keine Gefahr der Ablehnung vorhanden — jetzt gegen den Schluß zu stimmen. In einer persönlichen Bemerkung führte er noch aus, daß sein Name ohne sein Zutun darunter gekommen sei, weil er seinerzeit in Köln geweilt habe. Er sei sich jedoch nicht sicher, ob er seine Unterschrift verweigert hätte, wenn ihm das Flugblatt vorgelegt worden wäre. — Es bleibt also dabei, daß er mit seinen „Freunden“ von der Rechten deklarieren kann: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!“

### Weißensee.

Aus der Gemeindevorberatung. Das Ortsstatut betreffend das Kaufmannsgericht wurde auf Antrag der Beisitzer in verschiedenen Punkten einer Änderung unterworfen; so soll z. B. der Vorsitzende anstatt wie bisher nur einen fortan zwei Stellvertreter erhalten. Die Vorsitzenden sollen nicht mehr alle drei Jahre, sondern nach einem Jahre neu gewählt werden. Die Vorschlagslisten sollen nicht mehr nach dem Eingange nummeriert werden, sondern durch Auslosung. Ferner wurde ein neuer Paragraph geschaffen, wonach in Zukunft Wählerlisten aufgestellt werden, in der sich jeder Wähler eintragen lassen muß. Die Verbände haben das Recht, selbständig Einzeichnungen vorzunehmen zu lassen. Auf dem Schnittergrundstück des Rieselgutes Viehholz waren vom Kreisarzt die Abort- und Jaucheanlagen beanstandet worden. Für die Beseitigung der unhygienischen Zustände wurden 4300 M. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurde wiederum angeregt, die Schnitterlaserne überhaupt abzureißen und ein anderes Arbeiterwohnhaus zu bauen, um die jetzt beschäftigten Russen durch einheimische Arbeiter zu ersetzen. Das Schweigen am Vorhandensein bedauerte, daß man zurzeit noch keine Lust verspürt, diese billigen Arbeitskräfte zu entfernen. Die Debatte über die Einrichtung eines Fleischverkaufs ging verhältnismäßig ruhig und schnell vonstatten. Die hiesige Schlächterinnung hat sich durch Beschluß verpflichtet, inländisches Fleisch nach dem von der Stadt Wilmerdorf eingerichteten Fleischverkauf sowie den dort festgesetzten Preisen an die Einwohnerschaft abzugeben. Die Gemeinde wird nunmehr mit den Schlächtern in Verbindung treten, die ausschließlich nur dieses Fleisch verkaufen sollen; diejenigen, die noch andere Qualitäten Fleisch nebenbei führen wollen, werden für den Gemeindevorberat nicht zugelassen. Der Verkauf hat bereits am Montag begonnen. Zur Kontrolle und zur Entgegennahme von Beschwerden wurde eine Kommission ernannt, der auch Genosse Laubmann angehört. Auf eine Anfrage, was geschehen soll, wenn sich zu diesen Bedingungen nicht genügend Schlächter bereiterklären, erklärte der Vertreter der Schlächter, Gemeindevorberater Plesien, er garantiere dafür, daß dieser Fall nicht eintritt.

### Pankow-Niederhöfenhausen.

Zu einer imposanten Feier gestaltete sich am Sonntag die Einweihung des Arbeiterjugendheims. Die Arbeiter-Gesellschaft von Pankow-Niederhöfenhausen, besonders aber die Jugend hatte sich trotz des regnerischen Wetters zahlreich eingefunden. Die Feier wurde durch den Gesangsvortrag des Gesangsvereins „Liedertreue und Pankow“: „Krönt den Tag! eingeleitet. Leider mußte die Einweihung infolge des zahlreichen Besuches getrennt werden, so daß erst die Erwachsenen die Bestätigung vornahmen, wobei der Vorsitzende, Genosse Fischer, die Eltern auf die Bedeutung eines Jugendheims hinwies und dieselben aufforderte, ihre Söhne und Töchter dem Jugendheim zuzuführen. Hierauf zogen die Jugendlichen in geschlossenem Zuge in ihr neues Heim ein, begleitet von dem Liebes des Gesangsvereins „Ich warte dein“. Der Vorsitzende stellte sodann den Jugendlichen das Heim mit seinen Einrichtungen (Bibliothek, Zeitungsauslage, Spiele usw.) zur Verfügung. Das Heim soll ein Sammelpunkt der Geselligkeit, der Kameradschaftlichkeit, der Unterhaltung und der Lektüre für die Pankow-Niederhöfenhäuser Jugend sein. Die Vertreter des Jugendausschusses wiesen die Jugendlichen ebenfalls auf die Bedeutung des Heims hin. Hoffen wir, daß der Zuspruch der Jugendlichen wie an diesem Abend auch fernerhin anhält, dann sind die Mühen und Opfer nicht umsonst gebracht. Geschlossen wurde die Feier mit dem Liede „Lord Koleson“. Abends fand ein gemütliches Beisammensein, verbunden mit Gesang, Rezitationen, Musik usw., statt. Genosse Schönfelder sprach daselbst noch einen stimmungsvollen Prolog.

Das Heim befindet sich in Pankow, Magmilianstraße 43a, born partierre, und ist geöffnet montags abends von 6 1/2—9 1/2 Uhr, außer Montags, da dann der Mädchenabend stattfindet, Sonntags von 4—9 1/2 Uhr.

### Spandau.

Der Boykott des „Roten Adlers“ ist in ein neues Stadium getreten. Die bürgerlichen Saalbesitzer, welche in dauernder Unruhe leben, entweder mit dem Militärboykott oder mit dem Boykott der freien Gewerkschaften bedroht zu werden und sich daher jetzt ständig mit der Lösung der Spandauer Lokalfrage beschäftigen, haben eine Eingabe sowohl an den hiesigen Stadtkommandanten wie auch an den Kriegsminister gerichtet, wonach sie allen Parteien ihre Säle zur Verfügung stellen möchten, um endlich aus dieser Kalamität herauszukommen. Die Saalbesitzer wollen gerne am Tage der Abhaltung einer sozialdemokratischen Versammlung den Militärboykott über ihr Lokal auf sich nehmen und erklären sich sogar bereit, an diesen Tagen ein großes Plakat am Eingang zum Lokal anzubringen, daß den Soldaten der Eintritt verboten sei. Außerdem berufen sich die Saalbesitzer darauf, daß man jetzt endlich auch im Kriegsministerium zu einer besseren Einsicht gekommen zu sein scheint, da der Militärboykott über die Brauerei Pichelsdorf und über die Säle in Kassel aufgehoben sei, trotzdem diese Lokale allen Parteien zur Verfügung stehen. Die Lokalkommission wird nun in aller Ruhe die Entscheidung des Stadtkommandanten wie des Kriegsministers abwarten und die organisierte Arbeiterschaft wird nach wie vor den „Roten Adler“ streng meiden. Die freie Arbeiterschaft kann es nicht von dem guten Willen des Kriegsministers abhängig machen, Versammlungsorte zu erhalten, sondern muß sich die Gleichberechtigung nötigenfalls erkämpfen. Wenn die Saalbesitzer Schaden dadurch haben, dann müssen sie sich beim Militär selbst bekanken.

### Teltow.

Bei der Stadtverordnetenwahl, die gestern stattfand, wurden die beiden Sozialdemokraten gewählt. Auf die Gegner entfielen vier Stimmen.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorberatern.

Rechtsk. Donnerstag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 68, neuer Sitzungssaal, II. Tagordnung u. a.: Antrag Dr. Hart und Genossen betreffend die Einrichtung einer kommunalen Wohnungspflege und Einsetzung einer gemischten Kommission hierfür; Erweiterungsbau am Schulgebäude Mariendorfer Weg.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindevorberater ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Rede des Reichskanzlers beim festmahl für Kokowzew.

(„Original“ Bericht des „Vorwärts“.)

Berlin, 17. November.

In den festlich und ehrwürdig geschmückten Räumen der russischen Botschaft fand heute Montagabend ein Festmahl zu Ehren des hier weilenden russischen Ministerpräsidenten Kokowzew statt. Nach dem dritten Gang erhob sich auf einen gnädigen Wink des Befehlerten der Reichskanzler und hielt folgende glückliche Ansprache:

„Hohe Exzellenz, Exzellenzen, Väterchen und Ihr Vorrußen! Nur schwer entringen sich mir die Worte, denn ehrfürchtig gebietend und schier atemberaubend lastet auf uns die Anwesenheit des von der Gnade Sr. Majestät des Selbstherrschers aller Russen umstrahlten mächtigen Staatsmannes, der schon durch seine Stellung das Vorbild jedes von uns beschriebenen deutschen Staatsmannes ist. (Zustimmendes Rurreln.) Leider sind es nicht immer solche angenehme Untertanen Sr. Majestät des Kaisers Nikolai, die Deutschlands Grenzen überschreiten. Wir haben es noch nicht soweit bringen können, die Schnorrer und Verschwörer völlig zu verbannen — ich bitte deshalb gehorsamst um Vergebung, unsere Gesetze sind noch zu schlecht. (Zustimmung.)

Eure hohe Exzellenz, wenn ich an diesen Gedanken anknüpfen darf, kommen nicht als Schnorrer und nicht als Verschwörer zu uns — nein, Ihnen gilt es, das deutsche Kapital verbenden Zwecken in Rußland dienstbar zu machen und daß dies nicht auf dem großen Markte ausgemacht werden kann, sondern unter Schweigepflicht steht, wird im Lande der Rüstungsprüfungs-Kommission wohl begriffen werden. (Gelächter und sehr gut!) Den hohen Wert der Heiligkeit für eine wahrhaft monarchisch-patriotische Staatskunst hat uns Rußland stets erkennen lassen und neidlos hat mancher unter uns auf das Meisterstück geblickt, das die zweite Duma zuerst von den Sozialdemokraten und dann von ihrer eigenen eben nur völksgewollten Existenz befreite. (Beifall bei den Russen.) Aber, daß russische Staatskunst und Justiz auch die Öffentlichkeit nicht fürchten, haben sie soeben glorreich in Kiew bewiesen, wenn sich auch hier schließlich auf neue die schweren Mängel der Verfassungskommission geoffenbart haben. (Zuruf: Geschworene schon unterwegs nach Transbaikalien! — Lebhafter Beifall.) Diese Rücksicht nicht bewundernswert ab von unserer deutschen Schwerfälligkeit. Wir hoffen, daß es mit gleicher Schnelligkeit Eurer hohen Exzellenz gelingen möge, den Zweck Ihrer Anwesenheit zu erreichen und mit neuer Kraft neue Rüstungen gegen uns zu betreiben, auf daß wir neue Gründe zu neuen patriotischen Opfern erlangen. (Beifall bei den Deutschen.) In diesem Sinne, meine Herren, erheben wir unsere Gläser, gefüllt mit edlem Sekt und nicht, wie ein böses Vorurteil den Russen nachsagt, mit Butte und rufen: Das heilige Rußland, sein Zar, seine Katorga, seine Kofaken, kurz seine ganze ideale Kultur — hurra! hurra! hurra!



